

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und in durch die
Expedition, Neue Wapenstr. 5/4,
und durch Subskription zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 3.02,
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren
für die einseitige Anzeigen-
über deren Raum 100 Bsp.
Kleinere Anzeigen 40 Bsp.
Tagesblätter unter Text 1 Bsp.
Anzeigen für Verlagszwecke 15 Bsp.
Zusätzliche 25 Bsp.
Verlags- und Vertriebs-Anzeigen
15 Bsp.
Preise für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 80.

Breslau, Donnerstag, den 4. April 1912.

23. Jahrgang.

Die Altersrenten.

Der Reichstag lehnte es bekanntlich ab, eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf das 60., wenigstens aber auf das 65. Lebensjahr vorzunehmen. Man versiegte sich nur soweit, einen Antrag anzunehmen, nach dem der Bundesrat im Jahre 1915 dem Reichstag die gesetzlichen Vorschriften über die Altersrente zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen hat. Dieser Tage ging die Mitteilung durch die Zeitungen, daß die Regierung bereits in „statistische Erhebungen“ und „Erwägungen“ über die Möglichkeit der Herabsetzung eingetreten sei.

Die Umständlichkeiten sind absolut nicht nötig. Die Herabsetzung der Altersgrenze ist eine unabweisbare Notwendigkeit, wenn das Wort „Altersversicherung“ nicht nur ein schönes Ausschmückungsstück sein soll. Die Kosten der früheren Gewährung der Altersrente können auch ohne weiteres getragen werden. Gegenwärtig ist die Zahl der bewilligten sowie laufenden Altersrenten eine so geringe, daß sie in der sozialen Versicherung keine nennenswerte Rolle mehr spielen.

Im Jahre 1891 wurden 132.926 Altersrenten bewilligt. Das ist allerdings eine außergewöhnlich große Zahl, die dadurch entstanden ist, daß beim Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes alle über 70 Jahre alten Personen die Altersrente bewilligt erhielten, sofern sie auch nur eine Woche auf Grund versicherungspflichtiger Beschäftigung geklebt hatten. Im Jahre 1894 wurden noch 33.871 Altersrenten bewilligt. Seitdem gestaltete sich das Bild folgendermaßen:

Jahr	Bewilligte Altersrenten	Laufende Altersrenten	Ausgabe an Altersrenten
1897	22.320	203.955	27.555.955 M.
1900	19.852	195.133	26.224.203 "
1903	12.430	168.550	22.113.103 "
1906	10.868	134.100	18.334.811 "
1909	11.003	108.637	15.549.500 "
1911	11.588	93.369	14.010.869 "

Man sieht, daß alles erheblich abgenommen hat: sowohl die Bewilligten als die laufenden Renten und damit auch die Beträge, die für Altersrenten ausgezahlt wurden. Die Ursache für diese Erscheinung ist weniger darin zu suchen, daß die alten Leute immer weniger werden, als vielmehr darin, daß die Wartezeit für die Erlangung der Altersrente immer schwerer zu erfüllen ist, je länger das Gesetz besteht. Wer Altersrente haben will, muß nicht nur das 70. Lebensjahr überschritten haben, sondern auch nachweisen, daß er seit Bestehen des Gesetzes bis zur Vollendung des genannten Lebensjahres (soweit Marken geklebt hat, daß auf jedes der inzwischen vergangenen Jahre mindestens 40 Marken entfallen. Wer im Jahre 1912 das 70. Lebensjahr überschreitet, muß 840 bis 880 Marken nachweisen, wer es im Jahre 1913 vollendet, muß 880 bis 920 Marken vorzeigen usw. Wer nur einmal längere Zeit außer Arbeit war, oder wer von seinem Arbeitgeber keine Marken geklebt bekam — beides Fälle, die außerordentlich oft vorkommen —, der muß solange weiter leben, bis die angegebene Zahl erreicht ist — wenn er nicht vorher stirbt! Kann er die Wartezeit noch erfüllen, so erhält er erst von diesem späteren Zeitpunkt an die Rente. Im Jahre 1910 waren 112 Personen über 75 Jahre und 5 Personen über 80 Jahre alt, als sie die Altersrente erhielten.

Die Reichsregierung hat in der Begründung zur Reichsversicherungsordnung bereits ausgerechnet, was die frühere Gewährung der Altersrente kosten würde. Nach der Berufszählung von 1907 wäre die Zahl der invalidenversicherungspflichtigen Personen im Alter von 65 bis 69 Jahren mit 176.655 anzunehmen. Der durchschnittliche Betrag einer Altersrente sei 161,64 Mark pro Jahr. Bei Zugrundelegung dieses Betrages ergäbe sich eine jährliche Mehrbelastung von 28½ Millionen Mark, wovon 19,7 Millionen Mark auf die Versicherungsanstalten und 8,8 Millionen Mark auf das Reich (als Reichszuschuß zu den Renten) entfallen. Bei einer solchen Mehrbelastung könne die Herabsetzung der Altersgrenze nicht vorgeschlagen werden.

Die Berechnung ist nicht stichhaltig. Selbst angenommen, die angegebene Zahl der Personen im Alter von 65 bis 69 Jahren sei richtig, so kann doch weiter noch nicht angenommen werden, daß alle diese die Altersrente bekommen werden. Ein Teil wird die Wartezeit nicht erfüllen oder die Antworthaft verloren haben usw. Was aber das wichtigste Moment ist: die Berechnung läßt außer Betracht, daß heute ein großer Teil der Leute im Alter von 65 bis 69 Jahren die Invalidenrente erhalten. Um die Zahl dieser Rentenempfänger ist die Zahl der geschätzten Anwärter auf Altersrente zu ermäßigen. Man geht jedenfalls nicht fehl, wenn man die Mehrbelastung aus der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf etwa 20 Millionen Mark höchstens schätzt. Davon dürften nur etwa 6 Millionen Mark auf das Reich entfallen.

Ist es berechtigt, hier von sozialer Aufhebung zu sprechen? Die neue Wehrvorlage erfordert circa 150 Millionen M.

jährlich und man zerbricht sich viel weniger den Kopf darüber, wo sie herkommen sollen.

Frankreich und Deutschland.

Mit lebhafter Freude hat man in den breitesten Schichten des deutschen Volkes von dem schönen Fest vernommen, das am letzten Sonntag in der Salle Wagram zu Paris deutsche und französische Sozialdemokraten brüderlich eintraten. In dem Augenblick, in dem die deutsche Regierung alle Anstrengungen macht, um das Übergewicht der deutschen Volkszahl über die französische in ihren Heeresformationen noch stärker als bisher zum Ausdruck zu bringen, waren zwei deutsche Reichstagsabgeordnete, die Genossen Scheidemann und Weill, nach Paris gefahren, um dem französischen Volke zu sagen, daß die hinter der deutschen Sozialdemokratie stehenden Massen nicht den Krieg, sondern den dauernden, unerschütterlichen Frieden zwischen Frankreich und Deutschland wollen und ihn mit allen Kräften herbeizuführen bestrebt sind.

Solche Botschaft, überbracht im Namen von mehr als einem Drittel des deutschen Volkes, wiegt schwer, und man kann nur lächeln über die Bemühungen der bürgerlichen Presse, die Bedeutung dieser Manifestation durch Lolschweichelkünste oder häßliche Verichterhaltung herabzusetzen. Man könnte solche Verkleinerungsversuche allenfalls noch verstehen, wenn auf der anderen Seite das Weisere waltete, die Bedeutung solcher Kundgebungen zu übertreiben und die dem Friedenswillen der Völker entgegenstehenden Machtfaktoren zu unterschätzen. Aber Sozialdemokraten braucht man nicht erst darüber zu belehren, daß durch ein paar schöne Reden und einige Stunden der Begeisterung der Weltfrieden nicht gesichert werden kann. Männer wie Jaures und Vaillant — von unsrerer deutschen Sozialdemokraten nicht zu reden — besitzen wirklich sozialdemokratische Schulung genug, um zu wissen, daß alles ethische Pathos überzeugter Friedensfreundschaft vergeblich bleibt, wo gegensätzliche Lebensinteressen herrschender Klassen zum Kampf auf Leben und Tod treiben.

Aber weder in Frankreich noch in Deutschland ist die Machtstellung der herrschenden Klassen so stark, daß sie den Wunsch und Willen der arbeitenden Volksmassen ungefragt ignorieren dürften. Und selbst, wenn sie das wollten und könnten — wo ist denn der Gegensatz zwischen den Interessen der deutschen und französischen Bourgeoisie, der so scharf, so unüberbrückbar wäre, daß es keine andere Lösung für ihn gäbe als den Appell an die Waffen? Es ist ein Hauptverdienst der Riefensammlung in der Salle Wagram, daß sie sich nicht darauf beschränkt hat, auf die Gefühle und Interessen des Proletariats hinzuweisen, sondern daß sie auch begonnen hat, mit dem Schwindel von dem Gegensatz der Interessen aufzuräumen, der zwischen den herrschenden Klassen der beiden Länder besteht.

Man kann es heute ruhig aussprechen, daß nicht nur der sozialdemokratisch gesinnte Volksteil, sondern die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, mitnabegriffen den größten Teil der deutschen Bourgeoisie, keinen Krieg mit Frankreich will. Haben sich doch selbst die Alldeutschen im Sommer des letzten Jahres genötigt, die Spitze ihres verderblichen Treibens von Frankreich ab gegen England zu richten, weil sie wußten, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge mit einer Franzosenhege absolut keine Geschäfte zu machen waren. Woher kommt aber die francojenseitige Stimmung auch in den politisch rückständigeren Teilen des deutschen Volkes, zumal in der deutschen Bourgeoisie? Eben daher, daß zwischen Frankreich und Deutschland so gut wie gar keine wirtschaftlich-materiellen Reibungsflächen bestehen, daß vielmehr die wirtschaftlichen Verhältnisse viel bessere Fürsprecher der deutsch-französischen Verständigung sind, als es ein Sozialdemokrat, und wäre er selbst Jaures mit seiner hinreißenden Rhetorik, nur irgend sein kann.

In den Jahren 1909 bis 1911 ist die deutsche Ausfuhr nach Frankreich von 661 Millionen Franks auf 965 Millionen Franks gestiegen, die französische nach Deutschland von 720 Millionen Franks auf 819 Millionen Frks. Zwischen der deutschen und der französischen Eisenindustrie bestehen die engsten Verbindungen, Krupp, Thyssen, Höpck, de Wendel und zahlreiche andere deutsche Eisenmagnaten sind mit Riefenwerten an der französischen Industrie, besonders der Eisenerzindustrie, beteiligt. Immer enger werden die Beziehungen deutscher zu französischen Banken, deren Leihgelder auf dem deutschen Markt eine erhebliche, stets wachsende Rolle spielen. Immer zahlreicher werden die Filialen französischer Banken in Berlin, immer enger die Verbindung, die die Deutsche Bank durch ihre Brüsseler Filiale; die Nationalbank für Deutschland durch ihre Beziehungen zum Credit mobilier zur französischen Geschäftswelt unterhält. Zehntausende von Franzosen leben in Deutschland, mehr als Hunderttausend Deutsche in Frankreich.

Alle diese wirtschaftlichen Wechselverhältnisse können durch eine Verbesserung der politischen Beziehungen nur

gewinnem, während jede Verschlechterung sie mit schwerer Züchtung bedroht. In den Jahren 1905 und 1911 haben die Verschärfungen der Marokkofrage und die durch sie bewirkte Zurückziehung französischer Gelder aus Deutschland einen kleinen Vorgeschmack von den Leiden gegeben, die dem deutschen Wirtschaftsleben aus einer ernstlichen Verschlechterung der Beziehungen zu Frankreich drohen. Wenn Genosse Vaillant in der Salle Wagram auf die großen Verdienste hingewiesen hat, die sich die deutsche Sozialdemokratie im Sommer des vergangenen Jahres um die Erhaltung des Friedens erworben hat, so müssen wir bescheiden hinzufügen, daß uns der deutsche Kapitalismus, befehrt durch Börsen- und Sparassenspanik, ein nicht zu unterschätzender Helfer gewesen ist.

Indem die französische und die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam an der Verbesserung der Verhältnisse zwischen den beiden großen Kulturvölkern arbeiten, stellen sie sich keineswegs um eines hohen nützlichen Zieles willen in Gegensatz zu tatsächlich gegebenen Tendenzen. Sie ziehen vielmehr nur das Fazit aus einer vorhandenen wirtschaftlichen Entwicklung, die die veralteten Ideologien von 1870 längst überwuchert hat. Der deutsch-französische Militarismus, aufgebaut auf der Voraussetzung eines künftigen Krieges, ist weiter nichts als eine große Lüge. Nämlich es niemals dazu, so wäre es nicht das klarerkannte Interesse einer irgendwie wesentlichen Schlichte der Bevölkerung — es wäre höchstens der Massenwahnstimm irreführender Leidenschaften, der das Schwert aus der Scheide riße. Gegen solchen Massenwahnstimm gibt es aber kein besseres Heilmittel als das unausgesprochene, unermüdete Predigen der Massenvernunft, die in der brüderlichen Vereinnahmung des Proletariats diesmal wie jenseits der Vogesen ihre starke Fortpflanzung findet. Darum bilden wir mit freudigem Stolz auf die schöne Kundgebung von Paris und erkennen in ihr einen Fortschritt unserer Sache, bewirkt durch die Entwicklung, die mit uns ist!

Der Vereinnahmung des Proletariats dort entspricht die Verbrüderung des Proletariats hier, und in anderem Sinne als einst mag die alte Parole ihre Wirksamkeit bereisend Weltweit machieren, vereint sich lagern!

Politische Uebersicht.

Der Fortschritt und die Wehrvorlage.

Aus den Kreisen der fortschrittlichen Volkspartei ist bisher kein Laut der Kritik, geschweige denn der Ablehnung der neuen Wehrvorlage der Regierung vernommen worden. Im Gegenteil, während die Wehrvorlage an sich als ein Kräutchen „Nährmichnichtan“ zu gelten schien, warf sich die Debatte ausschließlich auf die Frage der Deckung, der auch die „Freisinnige Zeitung“ in ihrer letzten Nummer das Hauptaugenmerk zuwenden. Da trifft es sich sonderbar, daß die erste vernichtende Kritik der Wehrvorlage in der Fortschrittspresse gerade von einem hohen Militär selbst, also einem Fachmann ersten Grades, herrührt. General von Wartenberg, der Mitarbeiter der „Breslauer Morgenzeitung“, und verschiedener anderer liberaler Blätter, auf dessen sachkundige Ausführungen Nebel im Reichstage sich schon öfter berufen konnte, führt jetzt nämlich im Anschluß an die offiziellen Begründungen aus:

Allgemeiner Zustimmung hatte sich auch in Deutschland Sir Edward Grey, der Leiter der auswärtigen englischen Politik, erfreut, als er in der Marokko-Debatte im englischen Parlament vor der deutschen „Riefenarmee“ sprach, die uns das Übergewicht auf dem europäischen Kontinent verschaffe. Kaum eine Woche später ist mit einem Male diese Riefenarmee in den Augen der Konservativen und Nationalliberalen so kümmerlich geworden, daß sie ihrer Aufgabe nur gewillig kann, wenn sie erheblich vermehrt, wenn, wie jetzt in der veröffentlichten Wehrvorlage gefordert wird, ihre Friedenspräsenzstärke um mehr als 3000 Mann erhöht wird. Trotzdem das deutsche Heer schon längst viel stärker ist, als es zu jezt braucht, soll es entscheidende Siege haben, die uns sehr bald in schlimmste Lage bringen können, wenn sie nicht schleunigst ausgedünnt werden.

Was hat sich dazu nun aber seit der kritischen Zeit des vorigen Sommers zgetragen, das eine Erhöhung unserer Friedenspräsenzstärke um 30.000 Mann und des Ausgabenbetrags des Reiches um 100 Millionen jährlich erforderlich macht? Nicht das Gerücht. Die „Riefenarmee“ besteht auch heute noch ungechwächt. Zum anderen ist nicht einzusehen, warum unsere Flotte jetzt weniger stark wäre, im Verein mit der Küstenbesetzung die deutschen Küsten und Häfen vornehmlich zu verteidigen, als im vorigen Jahre. Allerdings haben unsere Gegner inzwischen sehr eifrig den Bau neuer Kriegsschiffe betrieben. Aber hat man denn im Reich etwa die Hände in den Schoß gelegt? Ein Kriegszustand nach dem anderen haben auch wir auf Grund des letzten aufgestellten Riefenplanes inzwischen vom Stapel gelassen. Und wenn Frankreich uns neuerdings das Geßel der Vermehrung seiner Flotte wieder einmal an die Wand gemalt hat, so hat dies bei seinem Übermaß, so auszufüllen, ebenso wenig zu bedeuten, wie das im ersten Artikel erwähnte drohende Geschick der vom Kriegsminister Millerand hypothetisierten Zugschauer auf der Parade von Vincennes. Wer in Frankreich die Dinge nur einigermaßen nüchtern zu beurteilen vermag, wird alles daran setzen, daß es nicht zu einem Kriege mit uns kommt, daß seine Landstunde unsere Ueberlegenheit weiter re- spektieren.

Nein, unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit, Deutschlands Gegenwart und

Zukunft zu schützen, in die neue, alle ihre zahlreichen Vorgängerinnen seit 1887 in den Schatten stellende Wehrvorlage nie und nimmer zu begründen.

Sie läßt sich aber sehr wohl aus dem persönlichen Eigennutz her erklären, die sie in den Reichstags-Verhandlungen im November des verfloßenen Jahres angeregt, und der anderen, die den unseligen Gedanken mit unerschütterter Frivolität aufgegriffen haben, um ihn zu verlotterlichen. Nur damit neue glänzende persönliche Geschäfte gemacht werden können, sollen die deutschen Bürger wieder alljährlich mehr als hundert Millionen hergeben. In richtiger Beleuchtung zeigte die Kimmerversackten die Mut von Genantionen, die in der Presse der entgültigen Abreise des deutschen Kaisers nach Ostasien veranlaßt, und die an der Börse ein erneutes Fallen der Kurse bewirken sollten und auch bewirkt haben.

Das ist ein unerhört radikaler Ton für die jetzige Verfassung der fortschrittlichen Presse, vor allem aber für einen hohen Militär. Er bestärkt zur Evidenz die Behauptungen der sozialdemokratischen Partei, daß nicht die „Not des Vaterlandes“ nicht die „gefährliche Situation des Reiches“ die neuen Wehrvorlagen nötig macht, sondern die besserungsbedürftige Situation der Waffen- und Panzerplatten-Fabrikanten und der — Offiziersräter. Sie sind die Treiber, vor allem aber auch die Schreier über den geringen Umfang der Wehrvorlage.

Es wird interessant sein, zu beobachten, inwieweit die Abgeordneten der fortschrittlichen Volkspartei gemittelt sein werden, die Konsequenz aus der sachmännlichen Kritik zu ziehen und die Plünderung der Steuerzahler aus persönlichem Eigennutz abzulehnen. Die Genossen in den Kreisen der Herren Fischbeck, Wlaff, Kopsch und Dormann werden darauf ein scharfes Augenmerk haben müssen.

Streitbrecherehre und Arbeiterchre.

Vor der Oßener Strafkammer haben sich dieser Tage ein paar kleine Szenen abgepielt, die besser als spaltenlange Abhandlungen die Haltung der sogenannten Arbeitswilligenschüler illustrieren. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Richter wird gegen einen Streitfänger verhandelt, der brave Arbeitswillige durch den Ruf: „Pui, Streitbrecher!“ in ihrer Ehre empfindlich gekränkt hat. Wütend erregt ein im Zuschauerraum anwesender Arbeiter aus irgend einem Grunde das Mißfallen des Vorsitzenden, und dieser wendet sich an den Gerichtsdienner mit der Aufforderung: „Führen Sie einmal den Mann hinaus, der so dumme und böse Dinge redet!“

Der Angeklagte gab sich nun wohl der Hoffnung hin, daß ein Gerichtshof, dessen Präsident in seinen Worten so wenig wählertisch ist, für einen in heftiger Erregung ausgestoßenen Ruf ein gewisses Verständnis besitzen und demgemäß zu einer Freisprechung gelangen oder auf eine ganz milde Strafe erkennen werde. Er wurde jedoch enttäuscht, er erhielt — man kann beinahe sagen, dem Tarif entsprechend — vier Wochen Gefängnis. Und damit nicht genug: in der Urteilsbegründung kritisierte der Herr Landgerichtsdirektor das Verhalten des Angeklagten, der verurteilt wurde, den ihn verfolgenden Polizeibeamten zu entweichen. Er sagte: „er ist fortgelaufen nach Art der feigen Memmen. Das sind die Nichtigkeiten.“ Der Verteidiger vermochte in diesem Stadium die Verhandlungen nicht mehr einzugreifen, und es soll nun, wie man hört, beabsichtigt sein, gegen den Richter auf anderem Wege vorzugehen. Was dabei herauskommen wird, ist verhältnismäßig gleichgültig, uns genügt es, daß der Vorsitzende einer Strafkammer, die das Wort „Streitbrecher“ mit vier Wochen glaubt anden zu müssen, den Angeklagten und einen unbeteiligten Dritten mit Bezeichnungen belegt, die viel beleidigender sind als das bittere Urteil, das ein um bessere Arbeitsverhältnisse kämpfender Bergmann gegen eine

Kameraden schleudert, der ihm und seinen Klassengenossen in den Rücken fällt. Einen eklantanten Beweis dafür, daß die Ehre des Arbeiters erst von dem Moment an als ein wertvolles Gut anerkannt wird, wo er die Interessen seiner Klasse preisgibt und sich in den Dienst des Kapitals stellt.

Das Arbeitspensum des Reichstages.

Aus den Kreisen der Spiritusinteressenten wird uns geschrieften:

Wenn der Reichstag nach den Osterferien wieder zusammentritt, wird er ein Arbeitsprogramm vorfinden, das zu erledigen bis zum 1. Juli unter keinen Umständen möglich sein dürfte, selbst wenn dauernd mit Abendstunden gearbeitet wird. Noch ist nicht einmal der Etat fertiggestellt und schon harren des Reichstages die Beratungen über die neuen Wehrvorlagen und die Beratungen über die Deckung der Vorlagen. Von der Regierungspresse ist letztere Frage mit einer erstaunlichen Oberflächlichkeit behandelt worden; sie hat sich damit begnügt, das politische Schlagwort „Aufhebung der Steuererhöhung“ in die Diskussion zu werfen, als ob alles weitere sich nun von selbst ergäbe. Daß die Aufhebung des Kontingents allein keine, auch nicht die am meisten links stehende, Partei befriedigen kann, weil darin wiederum nur eine verheerende Erhöhung einer Verbrauchsabgabe liegt, hat man offenbar übersehen. Ebenso scheint man übersehen zu haben, daß die Aufhebung des Kontingents eine vollständige Revision des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 notwendig macht. Eine auch nur oberflächliche Prüfung des Gesetzes hätte denjenigen, die diese Anregung gaben, gezeigt, daß, um den Begriff des Kontingents aus dem Gesetz auszumerzen, allein 31 Paragraphen des Gesetzes geändert werden müßten. Und bei diesen 31 Paragraphen handelt es sich nicht etwa um mehr oder minder nebensächliche, sondern um die grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes. Es ist völlig ausgeschlossen, daß das Kontingent aufgehoben werden könnte, ohne zugleich die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Verkaufszwang neu zu fassen; denn alle diese Bestimmungen sind auf dem Kontingent aufgebaut oder dem Wesen nach inhaltlich damit verbunden. In der Presse der linken Parteien und auch des Zentrums — die „Germania“ hat das mit unverhüllter Deutlichkeit bereits ausgesprochen — besteht denn auch die Absicht, die notwendige Revision des Branntweinsteuergesetzes nach der Richtung hin vorzunehmen, mit dem Kontingent zugleich die Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und Verkaufszwang aufzuheben. Das wird sehr zutreffend damit motiviert, daß ohne eine gleichzeitige Aufhebung dieser Bestimmungen der Konsum allein der Leibtragende wäre. Die Aufstellung des jetzigen Branntweinsteuergesetzes hat seinerzeit von Ende November 1908 bis zum Juli 1909, also insgesamt acht Monate gedauert. Wie man es jetzt möglich machen will, in der kurzen Zeit von wenig mehr als zwei Monaten neben der Erledigung des Etats und der Wehrvorlagen eine vollständige Revision des Branntweinsteuergesetzes und seiner, einen ganz stattlichen Band füllenden, Ausführungsbestimmungen vorzunehmen, bleibt Geheimnis derjenigen Kreise, die die Anregung zu diesem Wagnis gegeben haben. Daß man unterdes aber die Spiritus verarbeitenden Industrien, die sich noch in der allergrößten Notlage befinden, in fort-dauernder, allerhöchster Unruhe erhalt, ihnen die Fortführung ihrer Geschäfte durch die Unmöglichkeit jeglicher Kalkulation unterbindet, also kaltherzig große Erwerbszweige einfach dem Ruin preisgibt, das beunruhigt die Herren am grünen Tisch offenbar äußerst wenig.

Die Verbraucher aber schützen sich vor der Ausplünderung am besten durch den Schnaps b o y k o t t.

Wenn das in Paris passierte!

Die bürgerliche Presse ist voll von Sensationsnachrichten über die Taten der Pariser „Automobilpachen“, und dabei fehlt es natürlich nicht an „bedauernden“ Hinweisen auf die Unsicherheit in der Weltstadt an der Seine und „diese Zustände“ überhaupt. In dieser Art, die Pariser Boulevardpresse auszusprechen und die Spitze der Kritik gegen Frankreich, ihr stumpfes Ende aber gegen die eigenen Zustände zu kehren, liegt ein gewisses System. Was in Frankreich, besonders in Paris passiert, ist immer schrecklich und unerhört. Dem geliebten Leser wird die Schlussfolgerung nahegelegt: Gott sei Lob und Dank, daß ich es bei uns doch anders!

Nun, auch in Deutschland und sogar in Berlin passieren Dinge, die, wenn sie in Frankreich geschähen, Sensationen und Skandale allerersten Ranges wären, und dann der deutschen bürgerlichen Presse wieder Anlaß zu dem pharisäischen Stoßfussler gäben: Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene!

Man denke, in Paris wäre beim Bau einer Untergrundbahn ein Damm geplatzt, die Seine hätte sich in die Tunneln ergossen und sie meilenweit überflutet. Ein Flak der französischen Ingenieurkunst! Ja, diese Franzosen!

Oder man denke, in Paris geschähen jährlich ein halbes Dutzend Raubmorde, deren Urheber nicht entdeckt werden können, weil die Polizei zu tun hat, um die sozialdemokratischen Jugendvereine zu überwachen.

Man denke, auf einer Pariser Stadtbahn wäre, wie neulich im Berliner S-Büding, ein Mädchen beraubt und dann aus dem Zuge geworfen worden.

Man denke, in Amiens hätte ein Soldat seinen Hauptmann und dann sich selber erschossen.

Man denke, in Paris wären hundert Missetaten gestorben und man hätte sie mit falschen Totenscheinen beerdigt weil kein Arzt (selbst ein Gelehrter von Weltruf!) nicht wollte, daß Metaphosphor ein Gift ist.

Man denke, aus allen Ecken und Enden Frankreichs würde nach Verteilung der Osterspenden gemeldet: Der 18jährige Dubois hat sich erschossen, der 15jährige Latour hat sich erhängt, der 17jährige Dreyfus hat sich aus dem Fenster gestürzt, drei Knaben sind spurlos verschwunden, man sucht die Seine nach ihren Leichen ab.

O, über diese Unsicherheit der französischen Polizei, diese allgemeine Unsicherheit in Paris, diese Blamage der französischen medizinischen Wissenschaft, diese Desorganisations der französischen Armee, diese unhaltbar veralteten französischen Schulverhältnisse! O, überhaupt über diese französischen Zustände! Wer könnte, bei solchen Erscheinungen, noch an dem unhaltbaren Verfall der französischen Rasse zweifeln?

Weil aber diese Dinge zufällig alle bei uns passiert sind, regt man sich weniger über sie auf. Man behandelt sie nicht, wie das die Pariser Boulevardpresse täte, wenn sie wirklich in Paris passiert wären, in spaltenlangen Illustrierten Leitartikeln, sondern in der Beilage klein gedruckt, und das Ausland kümmert sich wenig um sie, weil man sich in der Welt nun einmal für das brave Berlin an der Spree viel weniger interessiert, wie für das lockende „Babel an der Seine“. Hierzulande aber gilt es für patriotisch, den Splitter im fremden Auge zu sehen, um nicht den Balken im eigenen, und wer an der Gottähnlichkeit des deutschen Vaterlandes zweifelt — nun, man weiß ja schon, was das für einer ist!

Was ist Wahrheit? Die „Nordb. Allgem. Ztg.“

melbet: Der Bundesrat ist vor seinem Eintritt in die Osterpause zu einem Einverständnis auch über die Deckungsvorlage für die neuen Wehrvorlagen gelangt. Der hiernach aufzustellende Gesetzentwurf zur Abänderung der Kontingentbestimmungen des Branntweinsteuergesetzes wird binnen kurzem seine formale Ausgestaltung erhalten, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß er dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt nach Ostern gleichzeitig mit den Wehrvorlagen zugehen wird.

Der Bogt von Sult.

Erzählung von Theodor Rügge.

251

„Es ist eine anerkanntwertige Aufmerksamkeit, die man uns erweist“, sagte ein junger Mann, der mit einem anderen neben dem Dampfer stand. Wir werden mit Respekt empfangen, möge Ihre Anwesenheit in Kopenhagen immer reich an Garmouten sein, mein Herr.“

„Ich denke alles Unharmonische möglichst von mir abzuwehren“, erwiderte dieser in derselben scherzhaften Weise. „Sie sind noch nie in Kopenhagen gewesen?“ fragte der Dritte.

„Ich habe es zum ersten Male“, war die Antwort.

„Und wie gefällt es Ihnen?“

„Was ich bis jetzt gesehen habe“, sagte Lorenz lachend, „erregt den Wunsch, daß alles so sein möchte.“

„Es werden zufrieden sein“, erwiderte der junge Däne zurechtweisend. „Ich glaube, daß sich nicht leicht eine Stadt mit Kopenhagen vergleichen kann und bedauere nur, daß Sie uns nicht schon früher besucht haben. — Sie verstehen doch Dänisch?“

„Nein“, sagte Jens.

„Sie verstehen kein Dänisch!“ rief der junge Herr er-
starrt. „Aber, mein Gott, ich denke es besteht ein Befehl der Regierung, daß in allen Schulen der deutschen Provinzen Dänisch gelehrt werden soll.“

„Kennen Sie die deutschen Provinzen?“ fragte Lorenz.

„Nein“, lachte der junge Herr, „ich habe mich noch nie dahin begeben, also etwa bei einer flüchtigen Durchreise; aber ein meiner Bekannten ist neulich dort gewesen. Er erzählt grauenhafte Geschichten von den barbarischen Zuständen.“

„Es würde gewiß recht gut sein“, antwortete Jens, „wenn wir öfter aus Kopenhagen Besuch erhielten, der es sich angelegen sein ließe, mit unseren Jünglingen bekannt zu werden.“

„Was verlangen Sie da“, rief der Däne. „Was können Sie uns denn bieten? In dem ganzen Lande ist keine erträgliche Stadt. Schleswig ist eine einzige lange und langweilige Gasse. Flensburg ein altes Nest, das nach Stockholm, Petersburg und Kopenhagen ruft, aber mit seinen langhaarigen Studenten und langbeinigen Strömern ebenso unerträglich, wie Altona. Das übrige Land ist voll Bauerne aller Art; nirgends ein Mittelpunkt für ein geistiges Leben!“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

„Das ist Dänisch“, sagte der Däne. „Was soll das denn heißen?“

Paris, leben uns ein wenig in Deutschland dabei um, um das langweiligste Volk auf der Erde kennen zu lernen, besuchen die Schweiz und Italien, und kehren über England zurück an den Sund, mit dem ich doch nichts vergleichen läßt.“

„Lächer kommt es dem auch, daß Ihre Landsleute von sich selbst am meisten wissen, von der übrigen Welt sehr wenig, am wenigsten aber von uns Deutschen“, erwiderte Jens.

„Warum soll man denn auch von den Deutschen viel wissen?“ lachte der junge Herr. „Was gehen uns die Deutschen an. Wir sind zwar Dänen, dann Standpatriot, dann eine Nation, die sich mit allen anderen Nationen viel verwandter fühlt, als wir den Deutschen.“

„Die Dänen nennen sich ja selbst die Franzosen des Nordens“, sagte Lorenz spöttisch.

„Ich denke, sie haben ein Recht dazu, was Frische der Empfindungen, Lebendigkeit und Schnelle des Gedankens betrifft“, fiel der Däne ein. „Unsere Gesellschaften geben Paris nichts nach, wir haben nichts von der deutschen Schwermüdigkeit.“

„Aber ich höre, daß Sie wenigstens gut deutsch sprechen“, rief Lorenz, lachend lachend, „und wie ich weiß, sprechen die meisten Dänen deutsch, die auf einige Bildung Anspruch machen. Ihre Könige sind deutschen Stammes, alles Wissen und alle Kunst ist aus Deutschland gekommen, alles Leben und Streben leitet zu der großen deutschen Nation hin und selbst die Sprache ist ein Zweig des germanischen Stammes so gut wie die holländische, die spanische und andere Zweige.“

Der junge Herr sah den Fremdling mit einem bösen Blick an. „Nun, wahrhaftig“, gab er dann zurück, „als ich neu und wunderbar.“

„Es mag ein Egoist sein und als solcher sehe ich ihn an; aber da Sie fremd hier sind, mein Herr, so hüten Sie sich doch davor dänischen Hören hergehörten Ergößlichkeiten auszusprechen. Sie könnten mißverstanden werden.“

Der Dritte bei diesem Gespräch hatte bis jetzt ruhig zugehört, nun wachte er sich ein und legte in dänischer Sprache, die Lorenz gut genug verstand, um den Sinn richtig zu fassen. „Was erstreckt Du dich um nichts, Hoff. Er kommt sich über Wasser mit seinem deutschen Kopfe. Es ist ganz natürlich, was er da sagt. Wenn er eine Zeitlang bei uns ist, wird die Sprache anders klingen.“

„Wer ist er denn?“

„Da steht es ja: einer von denen, die sich Kränzen Dänen zu heißen und mancherlei Recht dazu haben, besonders weil vieles ja nicht im Lande Dänemark.“ — Er wandte sich zu Lorenz um und sagte freundlich: „Jeder lobt und liebt, was er hüßt. Auch Dänemark hat manche Reize. Das grüne Seeland mit seinen herrlichen Buchenwäldern wird Ihnen gefallen und Kopenhagen ist, wenn keine Schone, doch eine prächtige Stadt, in der sich gut wohnen läßt. Das schönste was wir haben bleibt das Meer, der Sund mit seinen prächtigen Umgebungen und seinen Flotten, die er täglich hier auf seinem stolzen Rücken vorüber trägt.“

„Es würde noch besser sein, wenn ein Teil dieser Flotten den Hafen von Kopenhagen füllte“, erwiderte Lorenz.

„Alle müssen uns den schuldigen Tribut zahlen“, rief Hoff dazwischen. „Dänemark ist an Umfang allerdings kein großer Staat — wenigstens nicht mehr so groß wie früher — aber er hat an Wichtigkeit nichts verloren. Wir sind die Herren der Ostsee; bei Helsingör darf kein Schiff vorbei, ohne beizulegen, wichtiger zu werden und den Beutel aufzutun. Ich war vor einigen Wochen dort zum Besuch bei Kapitänleutnant Klümann, der das Wachtschiff besetzt. Es war lächerlich und lustig anzusehen, wie die Kapitäne schimpften und suchten, die ein paar Wochen dort lagen und auf Abfertigung warteten.“

„Ich wundere mich nur, daß sie nicht die Geduld verlieren“, sagte Lorenz.

„Die Kapitäne?“ lachte Hoff. — „Was wollen sie denn machen? — Zumeilen versucht es einer wohl sich bei Rebel und Nacht an der schwebenden Rüste hin, durchzuschleichen, aber es wird sehr aufgeschreckt und wehe dem Narren, wenn er dem blinden und schärferen Schuß des Wachtschiffes nicht logisch Folge leistet. Schiff und Ladung sind verloren, wenn das lächerliche Schiff ihm nachfolgt und ihn gewaltig zurückholt.“

„Sie können gar nicht denken, was diese Wassereratten zusammenstuchen, den Sund verunreinigen, den Zoll vermaledeien, Dänemark an den Galgen bringen und ihre eigenen Regierungen mit Pest und Tod beglücken, daß sie die Räuber in Helsingör hüben.“

„Das war's auch eben, was ich meinte“, sprach Jens.

„Es soll mich wundern, wie lange die Eemächte dazu schweigen.“

„Was wollen die denn tun?“ rief Hoff beschämt. „Einer ist auf die andere eifersüchtig, aber gegen alle zusammen würde Dänemark sein größtes Recht behaupten. Am lächerlichsten ist es, die Deutschen schimpfen zu hören, daß ihr Handel dadurch zerbröckelt werde, ihre Ostseehäfen nicht zum Ausfließen kommen könnten. Ich habe neulich eine deutsche Zeitung gesehen, die noch einer gelehrten Abhandlung über Deutschlands sogenanntes Recht sogar mit erörterter Kühnheit Krieg und Gewalt forderte. Als ob die Dänen zum Zehntel aufgeweckt würden von unseren gewaltigen Nachbarn, als ob Dänemark sich dem ersten besten Befehl gehorsamst fügen würde.“

„Ich sollte doch denken“, erwiderte Lorenz belustigt, „daß wenn auch nur England allein es wollte, der Sundholl augenblicklich sein Ende erreichen würde.“

„(Fortsetzung folgt.)“

Zur selben Stunde verkündet die „Täg. Rundschau“: Von stets zuverlässiger Seite wird uns versichert, es seien in Sachen der Sachfrage neue Schwereigkeiten entstanden, die wiederum neue Beratungen der Einzelstaaten notwendig machten. Vielleicht hing es damit zusammen, daß Herr Vertling schon wieder in Berlin ist. Jedenfalls wirkt auch diese Nachricht ein eigenartliches Licht auf die „pöhlige Einmütigkeit“ der verblindeten Regierungen.

Jedenfalls, darf man hinzufügen, werfen auch so einanderwiderprechende Nachrichten ein eigenartliches Licht auf das Lohwobohu unserer inneren Politik.

Konkurrenz-nationalliberale Annäherung in der Lausitz. Nachdem die Konservativen in den Wahlkreisen Kottbus-Spremberg und Kalau-Ludau bei der Reichstagswahl unterlegen sind, trotzdem ihnen viele national-liberale Wähler zu Hilfe kamen, versucht man jetzt, zwischen beiden Parteiengruppen eine Fusion herbeizuführen zu bringen, daß in Zukunft die ohnehin schon rechtsstehenden Nationalliberalen zu den Konservativen stoßen und beide dann eine gemeinsame Kandidatur aufstellen. Es ist sicher, daß man in verschiedenen Kreisen der Provinz Brandenburg, besonders aber in den beiden genannten Kreisen und auch in Frankfurt-Ober- und unter-Ober, nationalliberalen Kandidaten aufstellen wird, der dann dem Sozialdemokraten allein gegenübersteht, wie es bereits in Sorau-Forsit der Fall ist. Um diese gemeinsame bürgerliche Wahlstrategie zu popularisieren, wird auch das Bestreben einer Umänderung unterzogen. Die rechtsnational-liberale Frankfurter „Oderzeitung“, die der schwerreichen Firma Zrowitz und Sohn gehört, errichtet in Kottbus eine eigene große Druckerei mit dritter Redaktion, um für die Lausitz ein rechtsnationalliberales Tagesblatt großen Stils am 1. Juli herauszugeben. Diese Zeitungsgründung entspricht nationalliberalen und konservativen Wünschen; während des Wahlkampfes sollte es diesen Parteien an einer aktionsfähigen Presse. Man wird also in kurzer Zeit einen Lehr- und Lehrlingsverein in der Niederlausitz und speziell in Kottbus-Spremberg zu erwarten sein. Die Gewerkschaften, mit dieser Zeitungsgründung die Wahlkreise wieder erobern zu können.

Unser Kottbuser Parteiblatt hat einige Tausend Abonnenten gewonnen und ist auf den Raum vorbereitet.

Die eingehaltenen Dismarkenzulagen. Wie die Scherl-Prese erzählt, hat der Staatssekretär des Reichspostamts in Rücksicht auf den verabschiedeten Reichstagsbeschluss bei der zweiten Sitzung des Reichstags „Wetina“ gegeben, daß die Dismarkenzulagen für die Postbeamten vorläufig nicht weitergezahlt wird. Hervorragende Juristen sind der Ansicht, daß die Postbeamten, die im Vertrauen auf den Fortbestand dieser Zulagen nach den Dismarkenzulagen gegangen sind und sich dort eingeleistet haben, mit Rücksicht auf Erfolg gegen den Reichsfiskus die Klage auf Weiterzahlung der Dismarkenzulagen anhängig machen könnten. Daß die Dismarkenzulagen nicht weiter bezahlt werden, entspricht dem Beschluss des Reichstages, der die hierfür in den Etat einzulesende Summe gestrichen hat. Die Ansicht, daß die Beamten die Weiterzahlung dieser Zulagen auf dem Klagewege erwirken könnten, erscheint etwas kurios, denn auf diese Weise könnte ja schließlich das Budgetrecht des Reichstages zu einem ganz erheblichen Teil eliminiert werden. Dann hätte beispielsweise auch der General Klagen können, dessen Wohnungsgeld von 33.000 Mark auf 15.000 Mark pro Jahr herabgesetzt wurde. Die Dismarkenzulagen konnten nur gewährt werden vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages. Diese Zustimmung ist diesmal nicht gegeben worden, folglich unterbleibt die Auszahlung. Daß darin eine gewisse Härte gegen die unteren Beamten liegt, soll nicht verkannt werden, aber die Postverwaltung hat es ja in der Hand, diese Härte zu beseitigen — sie braucht nur alle n. Unterbeamten eine Verbesserung in der Höhe der Dismarkenzulagen zu geben. Im Reichstag wird sich bestimmt eine Mehrheit dafür finden.

Wer sich nicht fügt — der flieht. Der Beirat des Provinzialparlamentes der Zentrumspartei für die Rheinprovinz hat zu der Mandatsniederlegung des seitherigen Abgeordneten Koeren Stellung genommen und in einer Erklärung ausgeführt:

„Mit Rücksicht auf die vielfachen Verdienste des Geheimrats Koeren sei zu bedauern, daß sich für ihn die Notwendigkeit ergeben hat, aus den Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses auszutreten. Es sei lediglich eine Konsequenz seines Verhaltens, wenn er auch jetzt aus der rheinischen Zentrumspartei aussteige, da für ihn die Situation unhaltbar geworden sei. Man habe nicht bereits bei der Reichstagswahl auf völlige Klärung gedrungen, weil man glaubte, Koeren habe sich dem Mehrheitsbeschluss der Partei gefügt. Wie aus seiner letzten Erklärung hervorgehe, halte er aber an seiner Auffassung, das Zentrum sei eine konfessionelle Partei, fest. Man erwarte von den Wählern des Herrn Koeren, daß sie das Interesse der Gesamtpartei über die Person stellen.“

Der letzte Satz läßt vermuten, daß die bisherigen Wähler des Herrn Koeren seinen Ansichten nicht ablehnend gegenüberstehen und möglicherweise die Absicht haben, ihn wieder auszuwählen. Sonst aber bedeutet die Erklärung nichts anderes als den glatten Hinauswurf.

Chausseegelder für Automobile. Der Gothaische Landtag nahm eine Vorlage über die Erhebung von Chausseegeldern von einheimischen und ausländischen Automobilen an.

Abgelehnter Geheimfonds. Der Chausseegeldern Landtag lehnte am Dienstag den mit 4.000 dotierten Geheimfonds für die Polizei debattiert ab. Eine Resolution, die die Verstaatlichung der Grubenindustrie verlangte, fand keine Mehrheit.

Ausland.

Wilhelminische Weltpolitik. In Amerika macht Oberst Goethals Stimmung für eine militärische Befestigung des Panama-Kanals und veruft sich dabei auf eine Aeußerung Wilhelm II., der die Befestigung als durchaus notwendig bezeichnet habe. Die Engländer aber wollen, daß der Panama-Kanal eine neutrale unbefestigte Wasserstraße gleich dem Suezkanal bleiben solle, und fühlen sich auch durch Wilhelm II. Aeußerung wenig angenehm berührt. Infolgedessen ist auch das Dementi nicht ausgeblieben, das diese Aeußerung als erfunden bezeichnet. Oberst Goethals hält aber seine Behauptung aufrecht und erklärt:

„Meine Behauptung ist also wirklich angefochten worden, und man ist in Berlin erstaunt. Es läte mir leid, wenn Berlin wirklich erstaunt sein sollte, denn die Tatsachen sind folgende: Der Kaiser und ich sprachen über das Projekt der Panama-Kanal-Befestigungen. Der Kaiser bemerkte, der Kanal müsse stark befestigt werden, um einen hervorragenden Schutz gegen Angriffe vom Lande und von der See zu bieten. Ich habe allerdings nicht um keinen Rat bezüglich der Art der Befestigungen gefragt, aber ich erhielt von ihm die Ansicht eines Soldaten.“

nach alter, schlecht bewährter Methode Neuperungen Wilhelm II. durch Dementis aus der Welt zu schaffen sucht, und darauf aus dem Zustande prompt die Antwort erhält: Gelogen wie dementiert!

Frauenwahlrecht in Schweden. Die schwedische Regierung legte am Dienstag dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Verleihung des politischen Wahlrechts an die Frauen vor. Der Gesetzentwurf fordert das politische Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frauen in gleichem Umfange wie für die Männer. Verheiratete Frauen, deren Männer in den letzten drei Jahren keine Steuern gezahlt haben, haben jedoch kein Wahlrecht.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der Kampf mit geistigen Waffen in Oels.

Das Eindringen der politischen, gemeinschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den Wahlkreis Oels-Warthenberg macht den einzelkessenen „Rechtskonservativen“ schweres Kopfschmerzen, und unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Merkin, der zum Stadtorbarden und Landtagsmandat jetzt auch noch das Reichstagsmandat des Kreises geschickt hat, geht die ganze Spießbüchse gegen die moderne Arbeiterbewegung vor. Das heißt: nicht mit geistigen Waffen, nicht mit dem Mittel der Ueberzeugung und Aufklärung, sondern natürlich mit dem unberühmtesten Terror. So entließ der „Hofmalermeister“ seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen, Robert Müller, seinen Malergehilfen B., weil dieser am 16. März eine gewerkschaftliche Versammlung seiner Kollegen geleitet hatte. So furchtbar war der Schred des Meisters über die Missetat des Gehilfen, daß er ihn ohne Kündigung fortjagen wollte. Das von dem Gehilfen angerufene Gewerkschaftsmitglied mußte dem Meister erst auf die Sprünge helfen und ihm zeigen, daß zu einer Kündigungslosen Entlassung kein Anlaß vorliegt. Am selben Tage mußte auch der Müller Hermann K., der seit sechs Jahren in der Brocken Mühle Oels gearbeitet hatte, sein Kündigungsblatt. Der tüchtiche Betriebsleiter, Herr Streichau, der auf die Organisation der Arbeiter sehr scharf zu sprechen zu sein scheint, hat ihm die Entlassung gegeben, weil K. in der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Bewegung sich betätigte. Dabei soll — wie uns mitgeteilt wird — die große Mühle sogar Alerant von Komunisten sein. Nichts gelernt und nichts vergessen, das ist die Parole, nach der die Oelser Sozialisten vorzugehen. Mit solch arbeitslosen Mitteln hat man an hundert Orten schon versucht, unsere Bewegung zu erschlagen, und sie ist allemal nur schneller und kräftiger emporgewachsen. Das wird auch für die Residenz Oels gelten.

Sundfeld, 3. April. Schadenfeuer. In Groß-Weigelsdorf brannte die aus Nachwerk und Strohdach bestehende Wohnung des Stellenbesizers Wilhelm Hille vollständig nieder. Da Wohnzimmern, Stallung und Scheuer unter einem Dache vereinigt waren, und heftiger Wind herrschte, konnten die Bewohner nichts als ihr Leben retten. Im Stalle kam der gesamte Viehbestand: drei Rinder und eine Ziege um.

Hirschberg, 3. April. Nachwinter im Riesengebirge. Am Dienstag hat es vom frühen Morgen bis in die Abendstunden im Riesengebirge und auch in Tale kräftig geschneit.

Waldenburg, 3. April. Ein mysteriöser Leichentum wurde in Waldenburg gemacht. Dort lag in früherer Morcenstunde eine nahezu vollständig entkleidete Männerleiche in der Nähe des Wexbacherbaches. Die Todesursache war nicht zu erkennen. In dem Toten konnte der Einwohner Stauner aus Zannhausen ermittelt werden. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche, und es ist deren Obduktion durch die Staatsanwaltschaft angeordnet worden.

Ulm, 3. April. Selig entschlumert. Die „Schlesische Post“, die in den letzten Wochen als Ueberträger des in Schweidnitz erscheinenden „Mitteldeutschen Volksfreundes“ herausgegeben wurde, hat mit der Sonnabend-Nummer ihr Erscheinen eingestellt.

Remmeritz, 3. April. Ueberfall. Als am vergangenen Sonnabend abends gegen 10 Uhr, der Maurer Rogi aus Schönan, der in Ziehdorf sich in Arbeit befindet, sich auf dem Nachhausewege befand, wurde er etwa 100 Meter vom Dorfe hinterwärts überfallen und mißhandelt. Der Ueberfallene, ein Vater in aus den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71, war der Uebermacht nicht gewachsen, wurde jedoch auf seine Silberhufe hin von zwei beherzten Männern aus seiner gefährlichen Lage befreit.

Glogau, 2. April. Wofür kein Geld da ist. Der Ortsausschuß des schlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose hatte in einer Sitzung am 5. März angeregt, im Wallgraben eine Gartenschule für kranke Kinder zu errichten, und deshalb ein Gesuch an den Magistrat gerichtet. Nunmehr beantwortet der Magistrat das Gesuch ablehnend, da die Errichtung einer Gartenschule im Wallgraben nach seiner Ansicht zu kostspielig und nicht durchführbar sei.

Wenn es sich nur um einen Fürstenempfang oder um die Bewilligung von Geldern für ein Offizier-Kasino handeln würde, dann wäre Geld vorhanden. So aber handelt es sich um die Kinder der Verfolgten.

Häselich, 3. April. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang trug sich im Thälertischen Granitsteinbruch in Häselich zu. Der im 47. Lebensjahre stehende Steinarbeiter Ulrich war mit dem Beweglichen von Steinen beschäftigt. Ohne daß ihm ein Warnungsschrei zugerufen worden wäre, warfen oberhalb beschäftigte Arbeiter einen 6 bis 7 Zentner schweren Stein herab, von dem Ulrich in den Rücken getroffen wurde. Der Schwerverletzte wurde alsbald in seine Wohnung gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb.

Grätz, 3. April. Schwere dienstliche Verfehlungen eines Postbeamten. Am Sonnabend wurde der bei dem Bahnpostamt beschäftigte Ober-Postkassierer Heinrich Stammig plötzlich vom Dienste suspendiert, weil er Briefe geöffnet hat, in denen er Geld oder Briefmarken vermerkte den Inhalt unverschlüsselt und für sich verwandte. Der Verdacht, daß sich Stammig dergleichen schwere dienstliche Vergehen zuschulden kommen lasse, bestand schon seit einiger Zeit, ohne daß ihm etwas Bestimmtes nachgewiesen werden konnte. Mit Hilfe eines fingierten Briefes wurde der ungetreue Beamte überführt. Er hatte auch diesen Brief geöffnet und seines Inhalts beraubt. Den geleerten Brief hat er, wie erzählt wird, dann unter die Briefschaffen seines Kollegen verpackt. Als der fingierte Brief wieder zurückverlangt wurde, kam das Vergehen des St. ans Licht, worauf er entlassen wurde. Am Sonntag hat Stammig hinter der Landeskrone einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich eine Schußwunde beibrachte, die anscheinend nicht erheblich ist.

Hirschberg, 3. April. Ein Präselepädagog. Wegen Ueberziehung des Zuchtgerichtsrechts ist der Kantor und Lehrer Emil G. aus Giesmannsdorf, Kreis Polkenhain, angeklagt. In der Verhandlung sind nicht weniger als 25 Zeugen und Sachverständige geladen, darunter 20 Schullehrer und Schulmädchen. Die Anklage legt G. zur Last, in den Jahren 1909—1911 wiederholt bei 13 Kindern sein Zuchtgerichtsrecht übergriffen zu haben. G. gibt zu, daß er oft geschäftig habe, aber sein Zuchtgerichtsrecht habe er nicht überschritten. In dem Schloß ist er ge-

zungen (!) gewesen, weil die Kinder sehr zurückgeblieben und verwahrloßt waren. Dieses wird von dem Lokalschulinspektor und dem Kreisfchulinspektor bestätigt, die auch G. gesagt haben, er werde in der Schule zu tun bekommen. G., dem das Zeugnis eines eifrigen Lehrers ausgestellt wird, scheint sich nun allerdings in seinem Eifer in der Ueberziehung seiner Mittel bedenklich vergriffen zu haben. Schon in seiner früheren Stellung war er von der Regierung verwahrt worden, sich in der Anwendung der Zuchtmittel zu maßigen. Aber auch bald nach Antritt seiner Stellung in Giesmannsdorf kamen Beschwerden, daß G. sein Zuchtgerichtsrecht bedeutend überschreite. Die Beschwerden häuften sich und in der Gemeinde herrschte eine ziemliche Erregung gegen den Lehrer. Endlich kam die Sache zum Klappen. Die Tochter eines Lehrers war wiederholt von G. erheblich geschlagen worden, worauf sie der Besitzer nicht mehr in die Schule schickte. Weil der Besitzer behauptete, dies geschehe, weil das Mädchen infolge der erhaltenen harten Zucht fränk sei, zeigte ihn der Lehrer wegen wissentlicher falscher Anschulldigung an. Dieses Verfahren wurde natürlich eingestellt, aber dadurch kam der Stein ins Rollen. Durch die Beweisaufnahme ergab sich, daß G. tatsächlich sehr streng war und viel geprügelt haben muß. Der Staatsanwalt hält in sechs Fällen eine Ueberziehung des Zuchtgerichtsrechts für vorliegend und beantragt zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkennt den Angeklagten in vier Fällen der Ueberziehung des Zuchtgerichtsrechts schuldig. In dem einen Falle hat G. einen Knaben mit dem Kopfe auf das Fensterbrett gestoßen, daß der Junge eine Verletzung am Kopfe davontrug. In dem zweiten Falle hat G. einer Schülerin mit beiden Händen in das Gesicht gefaßt, so daß die Fingerringe in das Gesicht waren, und das Mädchen mit dem Kopfe an die Schulbank gestoßen. In zwei weiteren Fällen hat G. zwei Mädchen in erheblicher Weise an den Haaren gezogen. Weil sich G. aber in einer sehr schwierigen Lage befand, wurden ihm mildernde Umstände angebilligt. Das Urteil lautete daher nur auf hundert Mark Geldstrafe. In den übrigen Fällen wurde G. freigesprochen. — Die Verhandlung nahm nach dem „Boten“ acht Stunden in Anspruch.

Und trotzdem noch mildernde Umstände? Das berheha wer will.

Sachsen, 3. April. Fortschrittliche Koalitions-gegner. Den 4. Gewerkschaftsmitgliedern, die die Firma Neumann und W. h. vor eine Woche brutal aufs Pflaster warf, folgten am Montag noch 2 jugendliche Arbeiter, die sich weigerten dem Verbands den Rücken zu kehren. Bis jetzt hat die Firma das eine erreicht, daß sie die Arbeiter los wird und so wird es auch weiter bleiben, denn die Sorte Arbeiter, die dem brutalen Machtwort eines fortschrittlichen Arbeitgebers ihre Dramatization opfern, sind glücklicher Weise selten und sollte die Firma wirklich ein solches Exemplar erobern, so wird sie damit nicht viel Staomachen können.

Greiffenberg, 3. April. Die Kerikalen ver-suchen sich rein zu waschen. Der „Grei“, das kirchliche Organ aus der Gegend, von wo der gestern von uns veröffentlichte Brief an eine evangelische Bauerstrau stammt, beut sich mitteilen, daß der Brief tatsächlich im Original vorliegt, aber den Poststempel vom 9. November 1910 trägt, während die Besingung der Frau Lorenz bereits in der Nacht vom 4. zum 5. April desselben Jahres, also sieben Monate vor dem Abenden des Briefes niederbrannt ist. Die Volkszeitung selber ist der Meinung, daß der Brief in keiner Form und Tendenz durch uns vermerkt ist und gibt damit zu, daß der Brief von einem Katholiken stammt. Den kirchlichen Fanatismus gegen Unterschlüßige zu kennzeichnen, war ja die Hauptaufgabe der Veröffentlichung und das ist erreicht worden.

Bromberg, 2. April. Opfer des Schießens. Vor einiger Zeit wurde von den Nachbarn des Lehrentzweites Solwig in Schmiedebere a. d. Nege mittels mehrerer Revolver-schüsse eine schwere Verletzung beigebracht, die ihre Ueberführung in das Bromberger Krankenhaus notwendig machten. Jetzt ist die Frau nun im Krankenhaus an den Folgen der Schußverletzung verstorben. Der eine Besitzersohn ist bereits in Bromberg in Untersuchungshaft.

— Straßentatfall. Am Sonntag wurde wieder einmal ein Mann von einem Wagen der Straßenbahn angefahren und schwer am Kopf verletzt, so daß er in das Krankenhaus überführt werden mußte. Bei der ionderbaren Gleisanlage der Elektrischen Bahn ist dies kein Wunder. Gerade in der Brückenstraße, wo dieser Unfall sich zutrug, liegen die Doppelgleise wirklich unglücklich und außerdem ist diese Straße an allen Tagen stark durch den Verkehr belastet.

Briefkasten

- Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags.
- G. Jauer.** 1. Nein, die Alimente dürfen nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgerechnet werden. 2. Dasselbe gilt für die Wohnungsmiete.
 - S. Goldberg.** Für diesen Fall ist der § 149 der Gewerbeordnung maßgebend, der ausdrücklich sagt, der Dienstbote kann den Dienst verlassen, muß aber eine taugliche Vertretung stellen.
 - H. G., Gräbichenerstraße.** Da Sie das Logisgeld wöchentlich zahlen, dürfte Ihnen die Wirtin Montag kündigen.
 - S. Bischofswalde.** Es kommt nicht darauf an, was Sie vom Januar bis Ende März 1912 verdienten, sondern auf den Lohn im ganzen Jahre 1911. Wenn Sie meinen, zu hoch veranlagt zu sein, so erheben Sie Einspruch. Aus Ihren Angaben ist nicht zu ersehen, wie hoch der Jahresverdienst ist, weshalb wir Ihnen auch nichts Näheres sagen können.
 - H. F. Wenden** Sie sich an eine der Anstalten, deren Adressen Sie im Adreßbuch finden.
 - B. 100, Löwen.** Was dieser Vermerk bedeutet, können wir Ihnen leider nicht sagen.
 - B. 1890.** Die Gewerbesteuer wird nach dem Einkommen aus dem Gewerbebetriebe erhoben. Sie sind offenbar zu hoch veranlagt; erheben Sie deshalb Einspruch.
 - B. 100.** 1. Die Eltern sind nicht verpflichtet, die Alimente des minderjährigen Sohnes zu zahlen. 2. Nein.
 - H. G., Strehlen.** Die Kinder der verstorbenen Tochter erben auch.
 - A. Beträgt die Summe, die vor dem Kaufmannsgericht eingeklagt wird, mehr als 800 Mark, so kann Berufung an das Landgericht eingelegt werden; ist das nicht der Fall, dann ist die Entscheidung des Kaufmannsgerichts endgültig.**
 - 50 M. W., Jauer.** Sie haben recht. Der Mieter, der vierteljährlich die Mietszahl, muß auch vierteljährlich kündigen. Zieht er am 15. April aus, so haftet er für die Mietszahl bis zum 30. Juni.
 - B. 2.** 1. Ja, das Weihnachtsgeschenk kann diesem Mädchen noch abgezogen werden, denn das Dienstjahr endet erst im Juni 1912. 2. Für Kost und Wohnung sind etwa 1,25 Mk. zu rechnen.
 - B. 3.** Der Vater mußte mindestens 840 Mark gelebt haben, kann also leider keine Altersrente bekommen; für die Invaliden-Rente reichen die Markten aus.
 - S. R. 104.** Die städtische Handelschule. Anmeldungen täglich von 12 bis 1 Uhr im Amtszimmer Taschenstraße 22.
 - G. P. 69.** Ueber dieses Lokal ist ein ähnlicher Artikel erschienen; die Sache ist wohl damit erledigt. Fortschreiber der Lokalmission ist Genosse Scholich, Neue Graupenstraße 5, an den Sie sich wegen Lokalsangelegenheiten wenden müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Kurt Oetzel. — Redaktion in: Expedition: Neue Graupenstraße 7. — Verlag: der „Schlesischen Post“, G. m. b. H. — Druck von: G. Oetzel, G. m. b. H. — Druck in: Breslau, Graupenstraße 7.

Suchen Sie?

ein **Backpulver**, das sich seit vielen Jahren aufs beste bewährt hat? —

ein **Puddingpulver**, das aus dem wertvollsten Rohmaterial — Reispuder — hergestellt ist? —

Vanillin-Zucker, von dem ein Päckchen 2 bis 3 Stangen guter Vanille ersetzt? —

Dann nehmen Sie

die seit vielen Jahren bei allen Hausfrauen beliebten und wegen ihrer vorzüglichen Qualität hochgeschätzten 1660

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker.

Überall zu haben!

1 Päckchen 10 Pfg. — 3 Stück 25 Pfg.

Stadt-Theater.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
Caféspiel **Margarete Siems**
„Die Entführung aus dem Serail“.
4478 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
Caféspiel **Margarete Siems**
„Traviata“.
Freitag: Geschlossen.

Lobe-Theater.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Die fünf Frankfurter.“
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: 4484
Caféspiel **Ernst von Possart**
„Nathan der Weise“.
Freitag: Geschlossen.

Thalia-Theater

Sonntag: Gruppe K. 4. Vorstellung:
„Die Waife aus Newood“.

Schauspielhaus.

Mittwoch, 8 Uhr:
„Die moderne Eva.“
Donnerstag 8 Uhr: 4494
„Eva.“
Freitag: Geschlossen.

Liebig's Etablissement

Neues Programm!!
● **Hartstein** ●
Merians Hunde-Theater
Lebend. Marmor. Louise Schäfer
etc. etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr. 4069

Viktoria-Theater

Ensemble Gastspiel
Königl. Belvedere Dresden
mit der aktuellen Revue:
„So leben wir!“
Anfang 8 Uhr. 4474

Dominikaner.

Jeden Abend: 4590
Die Nürnberger Sängler.

Palmengarten

Riesen-Pracht-Dekoration
Orangen-Fest
in Messina. 4464
2 neue Kapellen.
Entree frei.

Ednard Bernstein:

die
verschiedenen Formen
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.

Touren für Monat April 1912.

Freitag, den 5. April: Eichenberg.
Abfahrt früh 5 Uhr, Oberthorwache.
Samstag, den 7. April: Wahlenberg.
Abf. nachmittags 2 Uhr, Königplatz.
Montag, den 8. April: Gärtenberg.
Abf. früh 8 Uhr, Ring, Eichenberg.
Dienstag, den 14. April: Koberwitz.
Abfahrt früh 7 Uhr, Königplatz.
Donnerstag, den 21. April: Weidenberg.
Abf. nachmittags 3 Uhr, Trebnitzplatz.
Samstag, den 28. April: Eblan.
Abfahrt früh 6 Uhr, Mauritzplatz.
4581 Güte willkommen.

Ueberzieher.

Anzüge
Anzahlung
Nebensache!
Möbel
einzelne Stücke,
ganze Einrichtungen.
**Bequemste
Abzahlung.**

Max Biermann,
52 Ring 52, I. Etage
neben der Stadtgasse.
Kataloge gratis.
Lieferung
nach auswärts franco.

Lumpen

Knochen, Metalle, Eisen, Stahl, Messing,
Kupfer, Gummiabfälle usw. führt zu
höchsten Preisen
Max Elger, Weißengasse 4.

Vornehme Herren lieben



ein gutschmeckendes, modernes Kleidungsstück. Das unübertrefflichste in Mode und Sitz finden Sie stets bei uns fertig am Lager.

**Anzüge
Ulster
Paletots**
1- und 2reihig
englische Fassons, Ia Verarbeitung, für
28.— 32.— 36.— 40.—
4554

Mit Begeisterung
betrachten Sie unsere Schaufenster, die Sie von der Richtigkeit unserer Angebote überzeugen.
Wir verleihen Gehrock, Frack, Smoking 5.—
und Strassen-Anzüge, auch Paletots . . für 5.—

Herren-Moden G. m. b. H.

Ohlauer-Strasse 83
an der Schuhbrücke.

CIRCUS CHARLES

Telephon 6070.

ERÖFFNUNG
Sonnabend, 6. April, abends 8 Uhr.

50 Pf. Galerie	90 Pf. III. Platz
1.20 Mk. II. Platz	1.80 Mk. I. Platz
2.50 Mk. Sperrsitz	3.50 Mk. Loge

Preise inklusive städtischer Billettsteuer.
Vorverkauf nur für die Abend-Vorstellungen:
Zigarrenhandlung **Leopold Birkholtz**,
Neue Schweidnitzerstrasse 19. Tel. 2412.
Täglich ab 10 Uhr vormittags:
Besichtigung der zoologischen Abteilung, Marställe usw.
nebst Konzert der beiden Circuskapellen. 4549

Presto-Räder

beste
und
leichteste
Rein-
Maschinen.



Mosquito-Räder

Modell 1-12
bestes u. dauer-
haft. Gebrauchs-
Rad
für alle
Stände.

Nicht nur gegen hart, sondern auch gegen bequeme
auf Wunsch von 10 Mk. Anzahlung an Lieferung ist an rechte
Leute, gleich ob Kaufleute, Beamte, Handwerker oder
Arbeiter erschlaffte Fahrräder nur bester Qualität.
Mäntel, Schlüssel, Ersatzteile billigst.
gegen wöchentliche
Teilzahlung
von 1.00 Mark.
Reparaturen an Fahrrädern, Nähmaschinen, Sprech-
apparaten, Musikwerken, Orchesterinstrumenten in eigener, bestergerüsteter
Werkstatt, schnell sauber, preiswert. 4161

Alfred Mücke, Breslau, Kasernenstr. 20
Telephon vom „Pariser Garten“ Tel. 5767.

Geschäfts-Verlegung!

Central-Möbel-Lager
Friedrich-Wilhelmstr. 4
Carl Bohn, Tischlermeister
Friedrich-Wilhelmstr. 4.

„In freien Stunden“.
Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennige.

Volkswachtleser
kauft ein
Gardinen, Stores
bei 4537
Julius Fein
früher jahrelang bei **Rosenstock**
Junkerstrasse 14, nur I. Etage
vis-à-vis Kissling.

Breslauer Fischhallen

Schmiedebrücke 59. Telephon 1472.
Fil.: Neue Schweidnitzerstr. 10. Telephon 1473.
Markthalle Ritterplatz. 4569
Wir empfehlen aus heutiger Waggonladung
feinsten **Cablian n. Seelachs** Bfd. 25 Pf. alles
große grüne **Seringe** Bfd. 20 Pf.
Alle anderen Fischarten ebenfalls billig.

Billige Hosentage

veranstalte ich, um mein enormes Lager darin zu
räumen, und offeriere: 4437
Herren-Stoff-Hosen, Serie I 2⁵⁰ Mk. Serie II 3⁵⁰ Mk.
„ „ „ „ III 4⁵⁰ „ „ IV 5⁵⁰ „
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe
Hermann Friedländer (Inhaber:
Siegfr. Benjamin)
Albrechtsstr. 11 Eingang auch
Magdalenenplatz.

Die Gleichheit

Alle 14 Tage erscheinend, Best 10 Pfennige.
Postkarten mit dem Bildnis
von
Gustav Bauer
Reichstagsabgeordneter für Breslau-Ost
Preis per Stück 8 Pfg., 2 Stück 15 Pfg.
Zu beziehen: Buchhandlung „Volkswacht“.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. April.

Geschichtskalender.

4 April.

- 1823 Der Ingenieur Karl Wilhelm Siemens in Lenthe bei Hannover.
- 1826 Der Verlagsbuchhändler und Philanthrop Hermann Julius Meyer in Gotha.
- 1879 Der Lyriker Heinrich Wilhelm Dove in Berlin.
- 1909 Der Schauspieler Adolf Comenichal in Prag.

Sozialdemokratische Zeitungen in den Gastwirtschaften.

Zu der Frage, ob die Gastwirte sozialdemokratische Zeitungen ausleihen sollen, schreibt der „Düdeutsche Gastwirt“, die in Danzig erscheinende „Nachricht der Gastwirte und Hoteliers“ u. a.

Da in den Gastwirtschaften, besonders aber in Großstädten, Leute der verschiedensten politischen Ansichten ansiedeln, ist es schon aus diesem Grunde angebracht, die Auswahl der in dem Lokal auszuführenden Tageszeitungen so zu treffen, daß jede Richtung der bekannten politischen Parteien vertreten ist, als auch der sozialdemokratischen. Es gibt unter den interessierten Gästen aber auch solche, die aufrichtig und verständig genug sind, um nicht nur Bücher lesen zu wollen, die ihnen nach ihren politischen Ansichten sympathisch sind, sondern die sich durch Lesüre auch anderer Natur über die Verhältnisse und Absichten ihrer politischen Gegner gerne unterrichten wollen. Die Feindschaft der Restaurants häufig nur zu dem Zweck, um bei Gelegenheit zu haben, gegenwärtige Zeitungen zu lesen. Sie würden sich sehr einfinden, wenn sie in dem Lokal, wo sie einkehren, nicht zu finden und es aus diesem Grunde in Zukunft meiden. Gehört eine sozialdemokratische Zeitung aber zu den an dem betreffenden Ort erscheinenden Tageszeitungen, so läßt es sich heute für die Gastwirte gar nicht mehr umgehen, sie in ihrem Lokal anzubringen. Die Zeiten sind doch längst vorüber, wo der Sozialdemokrat als ein Lump, Verbrecher, oder zum mindesten doch als ein verkommenen Mensch angesehen und geschelt wurde. Angewiesen ist die Sozialdemokratie fast überall geworden. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Leute der Wissenschaft, Kunst und Bildung, ja selbst des Volkes gehen über sie an. Sie ist zur stärksten Kraft in der Welt geworden und wird menschlichen Gemütern nach in absehbarer Zeit zur politischen Macht gelangen. Bei diesen veränderten Verhältnissen handelt heute der Gastwirt wenigstens in wirtschaftlichen Verhältnissen um die Zukunft eines gewissen Grades von Glückseligkeit, wenn er sozialdemokratische Zeitungen aus seinem Lokal verbannen, weil er unter seinen Gästen Schwärmer vorfindet, die durch Verachtung nehmen könnten. Solche Leute sollten bedacht werden, daß es ungeheuer auch gibt, die schweren Schaden an ihrer Ansehlichkeit und Glückseligkeit nehmen, die sich in der Nichtanerkennung eines sozialdemokratischen Lokalbesitzers offenbart. Es geht heute in Städten wirklich nicht mehr, daß wie vor dreißig Jahren die sozialdemokratische Postkarte in den besten Restaurants und in untergeordneten Anzeigen und Zeitungen angeschlossen wird.

Das sind ebenso einsichtsvolle wie für jeden Wirt beherzigenswerte Worte. Wir haben ihnen nur noch hinzuzufügen, daß es die Anhänger der Sozialdemokratie immer mehr als eine Ehrensache betrachten werden, überall dort, wo sie verkehren, auf die Auslegung ihrer Parteipostkarte zu dringen. Genossen, wo Ihr verkehrt, da muß die Volkswacht ausliegen.

Steuerzuschläge.

Die Steuerzuschläge, die die Gemeinden zur staatlichen Veranlassung Einkommensteuer erheben, sind in den verschiedenen Städten recht verschieden. Die wenigsten Gemeinden erheben 10 Prozent, in den meisten wird darüber

hinausgegangen, und das zum Teil recht beträchtlich. Nach einer Zusammenstellung über 33 preussische Großstädte heigen die Zuschläge von 100 bis 230 Prozent. Den höchsten Satz erhebt Barmen und zwar bei Einkommen über 900 Mark. Hundert Prozent erheben außer Wiesbaden die Städte Berlin und die Nachbargemeinde Charlottenburg, Schöneberg, Deutsch-Wilmersdorf und Neu-Köln. Die letzten beiden allerdings auch für Einkommen von 600 bis 900 Mk. Bei Einkommen von über 900 Mk. erhoben 1911: Nachen 177, Pochum 210, Breslau 172, Köln 155, Krefeld 100, Danzig 220, Dortmund 210, Duisburg 200, Düsseldorf 145, Elberfeld 215, Erfurt 158, Essen 20, Gelsenkirchen 225, Halle 172, Hamburg 200, Hannover 125, Kassel 135, Kiel 250, Königsberg 225, Magdeburg 180, Mülheim a. R. 200, Posen 200, Saarbrücken 180, Stuttgart 200 Prozent.

Zehn Großstädte: Krefeld, Danzig, Dortmund, Elberfeld, Erfurt, Gelsenkirchen, Hannover, Mülheim a. R. Posen und Saarbrücken erheben bereits für Einkommen von über 420—600 Mark und zwar mit Ausnahme von Elberfeld und Gelsenkirchen, die 125 Prozent erheben, den gleichen Satz, wie bei Einkommen von über 900 Mk.; 21 Städte erheben bei Einkommen von über 600—900 Mk. Gemeindesteuern. Hier tritt bei vielen eine Umänderung des Satzes gegenüber der früheren Einkommensstufe ein. — In den kleinen Gemeinden sind die Steuerzuschläge wesentlich höher, und gehen, besonders in Preußen, teilweise bis über 400 Prozent hinaus.

Das öffentliche Verteilen von Flugblättern

Vor die Jahre hindurch nach zahlreichen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts ohne weiteres erlaubt, wenn der Verteiler von seinem Auftraggeber für das Verteilen entschädigt wurde, neuerdings hat das Verwaltungsgericht seine Ansicht völlig geändert und das Verteilen nur dann als erlaubt bezeichnet, wenn der Verteiler von jedem Flugblattempfänger in Vergütung erhält. Das kommt zwar im Leben niemals vor, aber das Urteil des hohen Gerichts ist zurzeit maßgebend. Einen Bäderbesitzer, der während des vorjährigen Bäderfests Flugblätter verteilt und dafür vom Genossen W. u. a. Entschädigung erhalten hatte, sprach das Verwaltungsgericht nach der alten Regelung frei. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und die Strafkammer verurteilte letztendlich den Verteiler, da eben inzwischen die Rechtsprechung eine andere geworden ist.

Also das Verteilen von Flugblättern auf Straßen und Plätzen ist heute nicht mehr ohne weiteres erlaubt, wenn auch der Verteiler entschädigt wird. Wir empfehlen nun den beteiligten Genossen und Gewerkschaften, sich von der Polizeibehörde ihres Ortes eine Legitimationskarte nach § 43 der Gewerbeordnung ausstellen zu lassen. Die Karte muß jedem unentgeltlich erteilt werden, der 25 Jahre alt ist; sie berechtigt zum Verteilen und Verkaufen von Druckschriften aller Art, also auch von Flugblättern.

Formulare für Gesuche um Ausstellung der Legitimationskarte sind in den Parteisekretariaten in Breslau, Neue Grapenstraße 3, II., zu haben.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Eau Schiller) hat sich im Jahre 1911 erheblich entwickelt. Eine Ausnahme gaben sich, wie es im Bericht über das 11. Geschäfts-jahr heißt, die Bezirksverbände, voran die Schlämmer, die ebenfalls Mühe, ihrem Tätigkeitsfeld mehr zu machen, um dem 11. Arbeiter-Sängerbund, dem deutschen Arbeiter-Sängerbund den Platz zu räumen, der ihm gebührt. Obgleich das 11. Geschäfts-jahr mit unter den härtesten Arbeitsverhältnissen zu leiden hat, ist es dennoch wie nur ein. Doch nicht nur sanges-froh; auch der Trug nach künstlerischer Betätigung

tritt da in Erscheinung, wo größere Vereine oder zusammenge-setzte Vereinsteilnehmer öffentlich auftreten.

Der Jahresbericht bestand der Gau aus 73 Männer-Chören 10 Frauen- und 5 gemischten Chören mit 2518 aktiven und 1046 passiven Mitgliedern. Der Jahresbericht bestand der Gau aus 107 Vereinen mit 3192 aktiven und 1119 passiven Mitgliedern. Die Männer-Chöre sind auf 69, die Frauen-Chöre auf 14 gestiegen. Die gemischten Chöre sind von 5 auf 1 zurückgegangen. Nicht weniger wichtig dem Bericht die Neugründung von Frauen-Chören in Köln, deren Ziel es ist, die Frauen nur mit wenigen Schwestern zusammenzuführen. Zweckmäßiger würde in solchen Fällen die Pflege der gemischten Chöre sein, die dann den Vorzügen, ohne zu leiden, entschieden nachkommen würden. Der Wunsch der gemischten Chöre wird leider in unserem Gau wenig Beachtung finden, trotzdem wiederholt durch Artikel auf ihn hingewiesen werden konnte.

Der Gauverband hat seine Geschäfte in acht Sitzungen und einer außerordentlichen Sitzung mit der Lieber-Commission und dem 1. Vorsitzenden. Der schriftliche Verkehr mit den Vereinen war sehr lebhaft. Für die Vereinen ist eine musikalisch-wissenschaftliche Bibliothek an der Gauverwaltung gegründet worden, die unentgeltlich benutzt werden kann. In der Auswahl der Lieber will der Gauverband der Vereinen gewahrt werden, nur Gutes zu bringen. Ferner hat der Gauverband die Erkenntnis Bahn und es dürfte die Gauverwaltung gar zu sein liegen, wo die minderwertigen Chöre von den Sozialen, Kupfer und Bergleuten auf keinem Programm der Arbeitervereine zu finden sein werden. Das Ziel vom Volk soll dem Volks durch den Arbeitervereine geboten werden. Dieses Ziel zu erreichen, mußte eine Umänderung der Statuten und der Vereine sein.

Der Kassenausschluß weist mit dem Gauverband von 500,00 Mark eine Einnahme von 21,00 Mark nach, eine Ausgabe von 100,00 Mark. Der Bestand beträgt mithin 617 Mark, wovon der im April fällige Bundesbeitrag absetzt. Die Konten wurden zweimal geprüft und in Ordnung gefunden. Der Kassier hat einen Bestand von 25,18 Mark.

Die Breslauer Volksvereine um über den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln vom 25. Januar 1911 ist vor wenigen Monaten vom Schöffengericht wegen ihrer unzureichenden Kenntnis als rechtsunfähig erklärt worden. Die Strafkammer erklärte jedoch die Verordnung als rechtsgültig. Das Verwaltungsgericht als höchste Instanz für solche Verordnungen stellte sich auf den bisherigen Standpunkt wie die Breslauer Strafkammer. Zur Begründung dieses Urteils führte das Verwaltungsgericht aus: „Allerdings gehe die heutige Bestimmung der polizeilichen Verordnung etwas weit; aber es könne nicht bestritten werden, daß sie zur Abwehr von Gesundheitsgefahren und damit zu Recht erzwungen ist. Das Gericht habe aber nur die Rechtmäßigkeit, nicht auch die Zweckmäßigkeit polizeilicher Verordnungen zu prüfen und somit habe es der Revision den Erfolg verweigern müssen.“ Bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts wurden seiner Zeit eine Anzahl dieser Straffälle aufgegeben. Nachdem nun das Verwaltungsgericht geurteilt hat, werden diese Strafverfahren jetzt erledigt. Die vierte Strafkammer verurteilte am Dienstag zwei Vorstandsmitglieder zu je einer Mark Geldstrafe. Ueber weitere Fälle dieser Art wird das Schöffengericht demnächst verhandeln.

Der Schutz des Publikums gegen Bleibergiftung. Nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über den Verkehr mit Blei- und zinkhaltigen Gegenständen vom 25. Juni 1887 dürfen Blei- und zinkhaltige Gegenstände nicht mehr als 10 Prozent Bleigehalt haben. Am 30. Oktober 1911 beschlagnahmte ein Gewerbeinspektor bei dem Klempnermeister Emil Barth einen solchen Blei- und zinkhaltigen Gegenstand, der dem Chemischen Untersuchungsamt der Stadt Breslau ein. Die chemische Untersuchung ergab an der Innenseite dieses Trichters einen Bleigehalt von 81,8 Prozent. Vor dem hiesigen Schöffengericht machte der Klempnermeister geltend, den beabsichtigten Trichter aus der Fabrik bezogen zu haben, weshalb er für den Bleigehalt nicht verantwortlich sei. Der geladene Sachverständige Dr. Lübbig war derselben Meinung, weshalb das Gericht den Angeklagten freisprach.

Wahrung an die Limonadenverkäufer. Der Volksvereine rät allen Limonadenverkäufern, die Dimerdiast meist in mit Maßstrichen versehenen Glasröhren führen, in allen Fällen, wo dieser Fall nur ein künstlich gefärbter Limonadenversatz ist, dies durch eine Aufschrift am besten an den Glasröhren, in deutlich lesbarer Schrift bekanntzugeben, da bereits ein Strafverfahren in dieser Sache gegen Limonadenverkäufer durchgeführt worden ist.

Aus aller Welt.

Der misshandelte Schutzmann. Mit einer schweren Anschuldigung von Ansehlichkeit der Kaiserlichen Marine gegen einen Schutzmann hatte sich das Kriegsgericht der 1. Marine-Infanterie in Kiel zu befassen. Angeklagt waren zwei Matrosen eines Torpedoboots, die sich an einem Sonntag im Januar einen verurteilten Schutzmann wackeln und dadurch in eine sehr alkoholische Stimmung versetzen. In einer Wirtshaus machten sie die Bekanntschaft eines Mädchens, für die die beiden Angeklagten bald einflammt waren. Als nun ein Schutzmann das Mädchen, das von der Polizei geführt wurde, verhaften wollte, warfen sich die Angeklagten zu ihrem Nutzen auf und wackeln die Verhaftung zu verhindern. In dem Gedränge gelang es einem Schutzmann, das Mädchen mit sich zu nehmen. Sein Kollege wurde nun von den Angeklagten, zu denen sich noch andere Matrosen gesellt hatten, angegriffen, so daß er den Säbel ziehen mußte. Nur der Verfolgung der Exzessiven trat der Schutzmann an einer abgelegenen Stelle wieder mit diesen zusammen. Hier ging es dem Schutzmann sehr übel. Eine Anzahl Personen, die nicht ermittel werden konnten, kamen dem Schutzmann zu Hilfe und schlugen den Schutzmann zu Boden. Der Säbel wurde ihm entzogen und er mit Füßen getreten. Der Angegriffene trug mehrere Verletzungen davon, die aber dauernden Schaden nicht verursachten. Der Haupttäter bei dem Vorfall war, konnte in der Beweisaufnahme nicht klar ermittelt werden, da die Angeklagten die Dummheit auf die unbekannt gebliebenen Personen schoben. Das Urteil des Kriegsgerichtes lautete auf elf bezw. neun Monate Gefängnis.

Der verweigerte Eid. Ein Seitenstück zu den verschiedenen Verweigerungen gegen Mitglieder der Ecken, die sich aus religiösen Gründen weigern, einen Eid zu leisten, weil in der Bibel geschrieben steht: Eure Rede sei ja, ja, nein nein, was darüber ist, das ist vom Hebel, bildete eine Verhandlung vor dem Bremer Schöffengericht, vor dem sich ein Milchhändler wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Vorfall war an sich ganz unbedeutend. Der Angeklagte war übermäßig schnell durch eine Sacke gefahren, in der ein Straßenreiner mit Arbeiten beschäftigt war, und hatte dabei diesen angefahren, wozu er eine unbedeutende Verletzung davontrug. Der Angeklagte bestritt entschieden, der Führer des betreffenden Wagens gewesen zu sein, aber der Angegriffene sowohl, wie ein anderer Straßenreiner erkannten ihn mit Bestimmtheit wieder. Da der Angeklagte bei seinem Zeugen verweigerte, wurde der Verhaftung als Zeuge verweigert. Als der Vorsitzende dann den zweiten Straßenreiner aufforderte, den Zeugen zu

weisen, weigerte sich dieser ganz entschieden, die vorgeprochene Formel nachzusprechen, mit der Begründung, er sei freidenker, er glaube an keinen Gott, man könne daher nicht verlangen, daß er ein höheres Wesen anerkennend, das nach seiner Ueberzeugung gar nicht existiere. Das Gericht sollte sich aber auf den Standpunkt stellen, daß nur bei gewissen Religionsgesellschaften der Eid des Eides durch eine entsprechende andere Formel zulässig ist. Während der eigentliche Angeklagte nunmehr freigesprochen wurde, da ihm eine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte, erhielt der Eidverweigerer eine Ordnungsstrafe von 10 Mark.

Durch die Kälte zum Tode geworden. Die strenge Kälte des verflochtenen Winters hat zwei Angehörige des 11. Infanterie-Regiments in Ostschon zu schweren Verletzungen verurteilt. Die Kameraden in Ostschon reichen für die Duvoren nicht aus, weshalb ein Teil von ihnen in sogenannten Bürgerquartieren liegt. Zwei Mannen keilten sich nun, als die Kälteperiode eintrat, bei ihrem Wächtermeister, daß sie in ihrer Wohnung vor Frost nicht anhalten könnten, da der Dien nicht genügend geheizt würde. Der Wächtermeister konnte ihnen aber auch nicht helfen. Infolgedessen beschloß er die beiden jungen Leute in ihrer Unüberlebensfähigkeit, zur Vermeidung der Kälte in einer Nacht über den Raum der städtischen Gasanstalt und entzündeten eine kleine Portion Kohlen, die sie sofort in ihrem Ofen verfeuert. Da sie an der stilligen Wärme Geschmack gefunden hatten, wiederholten sie das Experiment noch einige Male, bis sie erwischt wurden. Die beiden Mannen wurden unter Anklage gestellt, und zwar wegen schweren Diebstahls, als welcher sich die Tat wegen Uebersteigens des Raumes charakterisierte. Das Urteil lautete gegen jeden der beiden Mannen, die sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten hatten, auf drei Monate und einen Tag Gefängnis. In der Begründung wurde ausgedrückt, daß nach dem Gesetz eine leichtere Strafe nicht hätte ausgesprochen werden dürfen, obwohl die Verurteilten in einer Notlage gehandelt hätten. Der Gerichtshof beschloß aber zu Gunsten der Verurteilten, die bisher unbestraft sind, ein Gnädigkeitsgesuch einzureichen, um eine Herabsetzung der Strafe zu erzielen.

Die fingierte Wochenkubs. Ein ganz neuer Schwindel wurde in einer Verhandlung wegen Betruges gegen die Kellnerin Stammel vor dem Freiburger Schöffengericht festgestellt. Sie unterhielt eine Fiktion ein Verhältnis mit einem Fleischhackerellen und vertraute diesem eines Tages an, daß sie Mutterkuchen entgegengabe. Der Fleischhacker ließ sich dadurch heranziehen, dem Mädchen nach und nach zur letzten Blöße zu setzen. In Wirklichkeit bestand die Ange-

klage gar nicht im Zustande der Schwangerschaft. Schließlich wurde sogar eine rechtzeitige Entbindung mit Hilfe einer Freundin in Szene gesetzt. Der Fleischhacker wurde in Kenntnis gesetzt, daß das Mädchen niedergeboren, das Kind aber bei der Geburt gestorben sei. Er fand auch das Zimmer seiner Geliebten in ein richtiges Wochenkub verwandelt. Es wack nach allerlei Desinfektionsmitteln, Kinderwäsche und Verbandmaterial lag umher um. Der betörte Mann gab darauf noch einmal 20 Mk. für die nötigen Ausgaben. In der Verhandlung wurde außerdem festgestellt, daß sie einer Freundin Kuppeldienste geleistet und mehrfach mit Männern gegen Entgelt intim verkehrt hatte. Der Gerichtshof verurteilte die Verurteilte zu vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis und wegen Uebertretung der sittenpolizeilichen Vorschriften zu 14 Tagen Haft.

Heberkühlung. Der Mississippi und seine Ärmlichen großen Nebenflüsse fließen unablässig und überfluten auf ungeheure Strecken die Landschaft. Es wird schon in kurzer Zeit der höchste jemals erreichte Wasserstand erwartet. Die Deiche wanken. Man macht heroische Anstrengungen, um Deiche brüche zu verhindern. Viele Städte und hunderte von kleineren Dörfern stehen unter Wasser. Die genaue Zahl der meisten kennt man gar nicht, da man nur auf Umwegen und in Räumen zu ihnen gelangen kann und viele wieder vollständig von jedem Verkehr abgeschnitten sind. Der Schaden, der durch das ungeheure Hochwasser bis jetzt bereits schon angerichtet worden ist, und der noch verursacht werden wird, ist ganz enorm. Der Präsident macht dem Kongreß den Vorschlag, mindestens eine halbe Million Dollar zu bewilligen, um die Deiche an denen das Wohl und Wehe unzähliger Menschen und größerer Ortschaften hängt zu befestigen und zu stärken. U. verschwemmungen werden von überall her gemeldet.

Für 300.000 Mark Juwelen geflohen. Eine Bande von Einbrechern hat einen Einbruch in einen Juwelierladen der Regentstreet in London mit außerordentlichem Reichtum verübt. Die Einbrecher drangen zuerst in ein Zehnhäuschen ein, wo sie eine Kauer nach dem Juwelierladen durchbrachen. Dort kletterten sie den Gelbdrank und raubten für etwa 300.000 Mark bares Geld und kostbare Edelsteine. Um Laterne fand man später mehrere elektrische Bohrer, sowie eine Zirkelkette. Nach den Einbrechern wird eifrig gefahndet, doch hat man bis jetzt von ihnen noch keine Spur.

Die Untergrundbahn wieder in Betrieb. Die Wieder-aufnahme des Untergrundbahnbetriebes in Berlin zwischen Leipziger Platz und Spittelmarkt, der nach dem Zusammenbruch im Spectakel seit Mittwoch voriger Woche ruhte, ist wieder aufgenommen worden.

Der Zahlabend

Der Zahlabend des Sozialdemokratischen Vereins wird nicht Montag, den 1. April (2. Osterfesttag) abgehalten werden...

Der Streik in der Zigarettenfabrik von Arthur Zetter ist erledigt. Da die Firma nennenswerte Zugeständnisse zur Besserung der Arbeitsverhältnisse gemacht hat...

Deutscher Banarbeitersverband. Achtung! Der Bau des Unternehmers Matalla in der Schleiermacherstraße ist gesperrt...

Ortskrankenkasse der Schneider. Herr Karl Kolke, der Sekretär des christlichen Schneiderverbandes, kündigt uns folgende Versicherung: In Nr. 77 der 'Volkswacht' vom 31. März 1912, 4. Beilage...

Freie Turnerschaft Breslau, 6. Abteilung (Lichanisch und Umgegend). Gezurmt wird nicht mehr in Schanisch bei Zappa...

Die Broschürenbestellung durch Fernsprecher ist wiederum erweitert worden, so daß jetzt acht Stellen vorhanden sind...

Einem automatischen Verkauf von Führern durch die Stadt Breslau hat der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs beim Generalkommando an der Schreiberstraße neben dem Beschriftungs-Automaten eingerichtet...

Zur Warnung für Butterfässer. Die Händlerin Philippine Polcpl aus Karlsruhe hat seit Jahren Butter, die sie durch allerlei Margarinearten vermischt hatte...

Die Kranken- und Sterbekasse für weibliche Handlungsgeschäftler 'Diana' (C. G. zu Breslau) hielt im Dezember 1911 betragen die Einnahmen 80.002 Mk., die Ausgaben 29.371,78 Mk.

London-Paris im Aeroplan. Der Pilotier Dameu in Begleitung des Fräulein Davies auf dem Flugfelde bei London aufgestiegen und ist in der Richtung nach Calais abgefahren...

Schlechte Erkrankungen an Scharlach. In den letzten Tagen sind in Mexikoland und Böhmingen eine zahlreiche Erkrankungen vorgekommen...

Explosion. In der Dynamitfabrik von Weizenberg bei Siegen entstand dadurch eine schwere Explosion, daß ein großer Schmelzbehälter anscheinend durch Selbstentzündung in Brand geriet...

Explosion. In der Dynamitfabrik von Weizenberg bei Siegen entstand dadurch eine schwere Explosion, daß ein großer Schmelzbehälter anscheinend durch Selbstentzündung in Brand geriet...

Explosion. In der Dynamitfabrik von Weizenberg bei Siegen entstand dadurch eine schwere Explosion, daß ein großer Schmelzbehälter anscheinend durch Selbstentzündung in Brand geriet...

Die neuen Zeitarten der städtischen Straßenbahn, die vom 1. April an ausgegeben werden, bestehen nicht mehr in einem Kartoblatt...

Eine prinzipielle Entscheidung. Einem Fabrikarbeiter wurden vom Fabrikherrn auf einen Vorschlagsbeschluss 15 Mark vom Verdienst einbehalten...

Mitgliedlicher Richter. Montag Abend gegen 9 Uhr wurde ein alter Herr an der Universitätsbrücke von einer Drochke überfahren...

Staatlicher Seizerkursus für Dampfkefswärter. Vom 3. bis 17. Juni 1912 wird in Breslau in der königlichen höheren Maschinenerschule...

Die Bevölkerungszahl der Stadt Breslau betrug nach der Fortschreibung Ende Januar 1912 272.025; sie ist gegen den Anfang des Monats um 1350 Personen gestiegen...

Statistischer Wochenbericht. In der Woche vom 17. bis 23. März sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes der Stadt Breslau 62 Ehen geschlossen worden...

Schmerzen haben am ersten Tage nach der Einnahme des giftigen Arztes, während gegen 50 Personen noch zum Teil recht schwer erkrankt darniederliegen.

Festnahme einer Einbrecherbande. Die Kriminalpolizei in Bochum ermittelte eine Einbrecherbande, der man bisher nicht weniger als 97 Einbruchsdiebstähle nachweisen konnte...

Schülerin und Kellnerin. Ein unüberlegter Raufbold hat dem Hotelbesitzer Lindner aus Fr.-Eichen eine schwere Strafe eingebracht. Bei dem Hotelier war die Kellnerin Siegminka in Stellung...

Genossenschaft. Man schreibt der 'Frankf. Ztg.': Im Oberrhein erregte sich diese Tage ein Lärmspektakel. Der Anführer der Genossenschaft fragte der 'Frankf. Ztg.' einen der Männer...

häuften betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3504; es kamen hinzu 799, es starben 61, es gingen ab 892, so daß am Ende der Woche 3360 verblieben.

Ein neues Musikspiel 'Sofbal'. Musik von Ernst Bolter (Köln), wurde von Direktor Preger für die diesjährige Sommerturnee des Wiener Operetten-Ensembles für Budapest...

Der Komponist, früherer Kapellmeister am Breslauer Schauspielhaus, unter Direktor Nieler, wird das Werk persönlich dirigieren.

Verband der Feilnergehilfen. Heute Mittwoch Mitgliederversammlung im Vereinslokale 'Zur Stadt Wien', Valerengasse 26.

Achtung, Maschinen und Geizer. Die Mitglieder-Versammlung wird der Feiertage wegen erst Sonntag, den 14. April abgehalten.

Die Stadtbibliothek bleibt in den Tagen von Sonntag, den 6. bis Mittwoch, den 10. April, wegen Reinigung geschlossen.

Deutscher Musikabend, Ortsgruppe Breslau. Die nächste Monatsversammlung wird wegen des Osterfestes erst Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr im kleinen Saale des Breslauer Konzerthauses abgehalten.

Achtung, Stukkateure! Bei den Arbeiten in Zschach Eisersdorf bei Glaz (Zugeloch) Kreishof in Berlin) sind die Kollegen in der Stadt getreten.

Aus dem Landkreis

Rathen bei Tsch. Nach Länge von der Gemeindevahl. Bei der Gemeindevahl am 18. März kam es zu Reibereien zwischen unseren Beisitzern im Wahlvorstande und dem Gemeindevorsteher...

Grünhübel. Eine Volksversammlung, die von reichlich 150 Männern und Frauen besucht war, ist in unserem kleinen Dorfe am Sonntagmorgen zum ersten Male abgehalten worden.

Krankeitsbericht. In der Woche vom 24. bis 31. März erkrankten an Diphtherie: in Gallowitz 1 Person und an Scharlach: in Kleinendorf 1 Person.

Na, Herr Amtsrichter, 's werd Koaner meh ab'schnitte, mer hawwe vor e paar Joahr emol an ab'schnitte, der is wurter zu sich kumme und des hot hernach de greechle Lumpy in der Gewur, sodas 'n die Gmaach noch erholtet hot misse."

Literatur

Der Kampf, Monatschrift der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Das Aprilheft ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Otto Bauer: Begrabene Hoffnungen.

Staatliche Jugendpflege in Sachsen. Unter diesem Titel erscheint dieser Tage im Verlage des Zentralvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Sachsens eine kleine, vier Bogen starke Broschüre...

Die Broschüre enthält, wie schon ihr Titel andeutet, in wohl ziemlich lückenloser Form das wichtigste Material über die mit staatlicher Unterstützung eingeleitete Jugendpflege in Sachsen, das jüngste Produkt der gegen die moderne Arbeiterbewegung gerichteten Bestrebungen unserer Gegner.

Die Ortskrankenkasse für Fischer und Pianoportebauer

Zu Breslau hielt am 27. März ihre Generalversammlung ab... Die Gesamteinnahme 131.673,13 Mark (121.543,21 Mark)...

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergehend... Die Krankenkasse hat im vergangenen Jahre...

Taraut kam ein Besuch der Firma Gebr. Grosser... zur Verlesung, die in zwei Sitzungen verurteilt worden ist...

Wegen Wahlfälschung, begangen am 12. Januar in Breslau, wurde heute der Schauspieler May Schwarz zu drei Wochen...

Woffart-Gastspiel im Lobe-Theater. Mit dem alten David Sichel in Schumann-Chatrains, Freund Fritz...

Zu dem Baunfall auf der Siebendorferstraße, wo dem Arbeiter Ulrich eine Ziegelkammer aus einer Höhe von 5 Metern...

Zum Unfall der Martha Kohlborn von der Weißgerbergasse, die am Montag auf der Neufeststraße unter der Elektrischen...

Zum Unfall der Martha Kohlborn von der Weißgerbergasse, die am Montag auf der Neufeststraße unter der Elektrischen...

Balletvorstellungen.

Für die Vorstellung im Thalia-Theater hat noch Ballets zum Preise von 10 bis 70 Bq. für die Vorstellung im...

Die zweite Ausstellungshalle genehmigt. Der Bau wird der Finanzaußen-Abt. der Stadtverordnetenversammlung...

Achtung, Schwarzecker und Althausen! Alle Kollegen bei der Firma S. Friedberg, Lebnitzstraße, haben wegen Lohnminderungen...

Victoria-Theater. Wohl selten hat sich eine so interessante Aufführung bei den Bühnen der Victoria-Theater...

Der „Wunde Zeit“, der von den oben genannten Damen und Herren bestritten wird, erinnert in seiner ganzen Ausführung...

Im städtischen Arbeitsnachweis boten sich im Laufe des Monats März 1417 männliche Arbeitskräfte...

Achtung, Metallarbeiter! Donnerstag, den 4. April, nachmittags von 5 bis 7 Uhr: Abrechnung der Hauskassierer...

Verloren wurde am Montag nachmittag auf der Nikolaistraße ein Verbandsbuch, worin ein Brief lag, beides in...

Gefunden wurden ein schwarzer Bombadour mit Inskalt, ein schwarzer Damenschirm, zwei Besenstücke...

Neueste Nachrichten.

Zum Streik in der Görlitzer Waggonfabrik.

Görlitz, 3. April. Der Streik in der hiesigen Waggonfabrik umfaßt mehr als 1100 Personen. Die Direktion hat in...

Interpellation. München, 3. April. Die liberale Bayerische Landtagsfraktion wird nach den Osterferien eine Interpellation im Landtag...

Einigungs-Verhandlungen im Schneider-Gewerbe.

Jena, 3. April. Die neuen Einigungsverhandlungen im Deutschen Schneidergewerbe wurden auch gestern wieder bis in die...

Aus dem ungarischen Abgeordnetenhause.

Wien, 3. April. Die gestrige Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses verlief recht heftig. Am Schlusse der Sitzung...

Der Reichstag hat die Entschlossenheit erklart, den Abgeordneten...

Der Regierungsvorsteher in der sozialdemokratischen Arbeiter-Union.

Prag, 3. April. In der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Arbeiter-Union in Prag brachte der Regierungsvorsteher...

Zum Streik in England.

London, 3. April. Um 1 Uhr morgens ergab das Parlament eine Mehrheit von 11692 Stimmen gegen die...

Ein Dampfer beschlagnahmt.

Malakka, 3. April. Der Dampfer haben mehrere holländische Seeleute einen Dampfer aufgebracht und beschlagnahmt...

Keine Kundgebung gegen die Reise Wilhelms!

Büdingen, 3. April. Die hiesigen Sozialisten hatten beschlossen, gegen den Besuch des deutschen Kaisers Wilhelm II. in der Schweiz...

Streik in den Goldbergwerken Sibiriens.

Peisruburg, 3. April. Der Streik in den Goldbergwerken an der Vorka dauert jetzt schon seit drei Wochen an und immer...

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Station, 1. April, 2. April, 3. April. Rows include temperature, precipitation, and other weather data.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 4 columns: Station, Pegel, Wasserstand, etc. Rows include data for different stations along the Oder river.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 3. April: Mitwoch, den 3. April: Hauskassierer der Metallarbeiter... Versammlung im Zimmer 1...

Donnerstag, den 4. April 1912.

Eine Miesenmanifestation deutscher und französischer Sozialisten in Paris.

Unser französischer Korrespondent schreibt uns vom 31. März: Die von der französischen Partei und dem Deutschen Sozialdemokratischen Klub von Paris gemeinsam veranstaltete Versammlung zur Feier des deutschen Wahlsieges, die gestern Abend im Saal Bagram statt fand, gestaltete sich zu einer unvergesslichen Miesenmanifestation. Sechs- bis siebenhundert französische und deutsche Sozialisten füllten den Saal und alle Gänge. Gleich zu Beginn spielte der Arbeitermusik-Verein „Gormont“ die Internationale, die von den Tausenden lebhaft mitgesungen wurde. Genosse Maillant führte den Vorsitz. In seiner einleitenden Rede weist er auf die herrliche Nacht hin, welche die deutsche Sozialdemokratie für die „Mehreritage“ von 1912 gewonnen hat. Dieser Sieg war ein Werk des echten Sozialismus, der nichts von seinen Ideen, nichts von seinen Zielen verlor. Dubreuilh, Generalsekretär der französischen Partei, begrüßte die anwesenden deutschen Genossen und führte in herzlichen Worten und unterstreichend den Charakter der Versammlung, die eine Friedensdemonstration sein sollte. Als erster deutscher Redner erhielt darauf Genosse Grumbach das Wort, der im Namen des Deutschen Sozialdemokratischen Klubs von Paris sprach. Er betonte, daß es vor allem gelte, gegen den haßerfüllten Chauvinismus zu protestieren, der von einem Teil der Bourgeoisien Frankreichs und Deutschlands gepredigt würde und gegen die verfallene Form gewisser Zeitungen Deutschlands und jener der Wogesen, die ihre Berichte so schreiben, daß man glauben könnte, die große Masse der Wähler sei von diesem Chauvinismus beherrscht. Solange die Haltung der bürgerlichen Chauvinisten die Grenzen der Gefühle nicht überschritten, haben wir uns nicht darum zu kümmern. Aber sobald sie zwei Völker, die im Grunde den tiefsten Respekt voreinander haben, zum mörderischen Krieg aufeinanderheizen, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihnen zuzurufen: Warte, meine Herren, etwas mehr Achtung vor dem Willen der Mehrheit der Nationen. Redner kam dann auf die elfstündige Frage zu sprechen und dankte zuerst dem Genossen Jaures für seine offenen und mutigen Worte, die er kürzlich in der französischen Kammer wiederholte. Von allen deutschen Parteien sei die Sozialdemokratie vielleicht die einzige, die das Recht hätte in voller Freiheit über die Frage zu sprechen, doch einzig und allein die beiden sozialistischen Abgeordneten Bedel und Viebnecht gewesen wären. Die gegen die Amerikaner gestimmten Wahlen; und daß die sozialistische Internationale überhaupt zur letzten Verteidigerin aller wahren nationalen Rechte geworden sei. Das offizielle Frankreich würde sich irren, wenn es die Rede zu Frankreich, die nach in den Herzen der Elshäfer wohnt, verwechseln würde mit einem geheimen Wunsch, durch einen Krieg wieder französisch zu werden. (Langanhaltende, dreifache Beifallsstöße.)

Als zweiter Redner erhielt der Delegierte der schaffischen Sozialdemokratie, Genosse Dr. G. Weill, der Abgeordnete von Metz, das Wort. Er wies auf die Siege der schaffischen Sozialdemokratie hin, die alle großen Städte Elsas-Lothringens in die Hände der Sozialdemokraten brachten. Die Eroberung von Metz dürfte nichts sein als der Anfang der Eroberung des gesamten gewaltigen Industriegebietes. Durch ihre Abstammung habe die Bevölkerung Elsas-Lothringens gezeigt, daß sie gegen die schamlose Ausbeutung der Vergangenheit und der schiffische Elsas-Lothringens durch die nationalen Elsas-Lothringens sind. Ohne, daß die Elsas-Lothringer auf ihre nationale Persönlichkeit verzichten wollten, wünschen sie nichts sehnlicher als den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland. Der Internationalismus sei nicht die Vernichtung der nationalen Idee. Unser Ziel ist die Verständigung der Arbeiter aller Länder. Der Sozialismus hat von jeher die Rechte unterdrückter Nationen verteidigt. Die Elshäfer wissen, daß der Sieg der sozialistischen Partei ihre nationale Eigenart viel mehr schützt gegen die Brutalität der Chauvinisten beider Länder, als daß er sie bedroht. Von allen Einflüssen, denen das Elsas in der Vergangenheit ausgesetzt war, haben keine stärker und nachhaltiger gewirkt, als die der großen französischen Revolution, deren Geist heute in Frankreich von der herrschenden Klasse verraten werde. Der Sozialismus allein führe diese Revolution fort, indem er sie ergänze eben durch den Sozialismus. Das ist die richtige „Revolution“. Der Kultus der Vergangenheit und unsere Hoffnungen begegnen sich in der sozialistischen Aktion. Am Tage des Sieges der Internationale werde die blaue Linde der Wogesen und das grüne Wapp des Rheines nicht mehr zwei Völker voneinander trennen. (Langanhaltende, dreifache Beifallsstöße.)

Als dritter Redner ergreift der Delegierte des Parteivorstandes, Genosse Scheldeman, das Wort, der von einer Delegation begrüßt wird. Während Grumbach und Weill französisch sprachen, hält Scheldeman seine Rede in deutscher Sprache; Genosse Grumbach übersetzte sie. Unter dem fortgesetzten für-mitischen Beifall der Anwesenden führte er aus: „Ich bin glücklich, vor Ihnen zu sprechen, als der Delegierte der deutschen Sozialdemokratie, als Vertreter von mehr als 4 1/2 Millionen deutscher Männer, die über 25 Jahre alt sind. Ich überbringe Ihnen die freundschaftlichen Grüße und die Versicherung, daß sie mit Ihnen in Freundschaft und Frieden leben wollen. Es ist eigentlich beschämend dergleichen noch versichern zu müssen, denn es müßte selbstverständlich sein. Wir wissen, daß der nationale Egoismus nichts anderes ist, als der Egoismus der herrschenden Klasse, die sich über die Interessen der Masse des eigenen Volkes mit der gleichen Brutalität hinwegsetzt, wie über die des Auslandes. Aber was die Schürer des deutsch-französischen Gegenfasses treiben, hat mit dergleichen nichts zu tun. Dieses Treiben ist nicht nur absolut, sondern auch, soweit das Interesse der herrschenden Klasse in Betracht kommt, relativ bis zum Wahnsinn unvernünftig. Das ist nicht nationaler Egoismus, sondern die Entäußerung jeglichen nationalen Interesses. Ein Punkt infolge einer fixen Idee — ist nationaler Doppeltakt. Die deutschen Kapitalisten sind vorwiegend industrielle Unternehmer, die französischen aber Händler und Finanziers und es ist überall in der Welt die Regel, daß der Industrie-kapitalist zwar mit jenesgleichen in Feindschaft, aber mit den Finanz- und Handelskapitalisten in Frieden lebt. Wenn, auch vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus, zwei Länder verfeindet sind, im besten Einverständnis zu leben, dann sind es Frankreich und Deutschland. Wir haben ja auch erlebt, daß die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung über die chauvinistischen Ideologien zur Tagesordnung übergegangen ist, daß französische Geldkapitalisten und deutsches Unternehmertum untereinander Bündnisse eingegangen sind, um das deutsche und das französische Proletariat oder auch fremde Völker gemeinsam auszubeuten. Hier ist die nationale Phrase nicht der konkrete Ausdruck wahrhafter Interessengegenstände, sondern nur die gedankliche Formel einer überlebten Konvention und der vollendete Heuchelei. Warum sind die Bourgeoisien nicht auch einzig um die furchtbare Last der Kämpfungen von uns zu nehmen, die uns schwer erdrücken, um für alle Zeiten das schauerliche Gespenst zu verschrecken, das uns bedrückt, und dessen Giftigkeit dauernde Qual und Schaden für zwei zivilisierte Völker bedeutet — der Gedanke eines neuen Krieges. Ich hoffe den Krieg, wie ich den Militarismus habe und mein Leben gehört dem Kampf wider den Militarismus und wider den Krieg. Und wie ich, so werden die

Wonen in Deutschland. Das haben uns neuerdings die Reichstagswahlen bewiesen.“ Scheldeman spricht dann von der chauvinistischen Gehe, die gegen uns anlässlich der Marokkofrise geführt wurde und gibt einige Ziffern über die organisierte Stärke der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften und fährt fort: „Unsere Wahlen bedeuten, ich will mich vorzüglich ausdrücken, noch keine unbedingt zuverlässige Sicherung gegen jeden Krieg, wohl aber eine ausreichende Gewähr dafür, daß Deutschland niemals einen leichtfertigen Angriffskrieg gegen eine fremde Macht unternehmen wird. Denn mit vier Millionen Sozialdemokraten im Lande trägt keine Regierung einen Angriffskrieg. Es soll in Deutschland keine Kanone mehr gegossen werden im Gebirge an Frankreich. Und es soll in Frankreich kein Soldat eingezogen werden im Gebirge an Deutschland. Wir wollen den Tag erleben, an dem der letzte Mann der an einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich glaubt, im Zerkensaus gestorben ist. Die herrschenden Klassen mögen sich hüten, ihre letzte Karte auf einen kriegerischen Zusammenstoß im Herzen Europas zu setzen. Sie können dieses Spiel verlieren und ihren eigenen Untergang beschleunigen. Wir wollen den Frieden, aber nicht den Frieden, wie er jetzt ist, diesen nebensächlichen Waffenstillstand bis zu einem ungewissen Termin, sondern den Frieden, der ungehindert leben muß von jedem Gedanken an ein mögliches Ende. Seien wir einig, dann ist unser Sieg sicher. Wo sich deutscher Ernst und deutsche Gründlichkeit mit französischer Initiative und französischem Elan paaren, da muß eine Macht entstehen, der keine Gewalt der Erde gewachsen ist.“ (Donnernde, anhaltende Beifallsstöße.)

Als letzter Redner führte Genosse Jaures in einer prachtvollen Fehrbrotifikation die Bedeutung des deutschen Wahlsieges und die Garantie, die er für die Erhaltung des Weltfriedens bietet. Die sozialistische Menschheit wird das Schicksal für alle nationalen Eigenarten, wie einst im alten Griechenland die Städte in Delphi ihren gemeinsamen Schicksal hatten. Barbaren haben damals diesen Schicksal vernichtet. Nicht die Proletarier seien diese Barbaren, sondern die Völker, die Kapitalisten, die Finanzleute. Eine endlose enthusiastische Ovation begrüßte das Ende der Rede.

Die Feier endete mit einem Konzert, an dem sich die besten Musiker Frankreichs beteiligten: Herr und Frau Schlain von der Comedie francaise, Madame Gaulte-Mrond und Herr Roselli von der Oper in Paris (alle von zwei Elsas-Lothringern) und die aus Breslau stammende deutsche Sängerin Frau in Paris. Den nationalistischen Chauvinisten wird diese Feier noch lange in den Ohren klingen.

Der Kampf im Bergbau.

Die Irreführung der Öffentlichkeit über den Stand des Streiks im böhmischen Braunkohlenrevier wird eifrig weiter betrieben. Diesmal haben wir die Ziffern des Gendarmerie-rapportes über den Stand des Streiks im Brüger Bezirk vom 1. April früh vor uns. Danach sind eingefahren am Venuschachte 83, am Himmelfürstschachte 94, Zentrum 100, Julius II, III und V zusammen 177, Anna 46, Wilhelm 44, Habsburg 85, Sogonia 21, Maria-Ladung 43 uvm. Nun ergaben sichere Feststellungen, daß auf allen den genannten Schächten kein einziger Bergarbeiter eingefahren ist. Einmal stimmten die Ziffern an und für sich nicht, dann aber sind das nur die Steiger, Kontorbeamten und sonstige Angestellte, und es ist gewiß, daß man bei dieser — gewissenhaften Zählung auch die auf den Schächten irgendwie Tätigen vergessen hat. Dazu kommt noch ein eigener Trick, um glauben zu machen, daß von den Streikenden ein möglichst großer Prozentsatz arbeitswillig geworden ist. Man sagt in diesem Bericht: „Am Himmelfürstschachte sind von 152 Mann der Belegschaft 94 eingefahren, das wäre sonach weit über die Hälfte.“ Die Ziffer 152 ist aber nun keineswegs die Ziffer der Gesamtbelegschaft, sondern die eines Drittels.

Die Einigungsverhandlungen verlag.

Teplitz, 1. April. Soeben wurden die für den 2. April anberaumten Verhandlungen des Einigungsamtes, die in Verfolg des Reviervertrages bestimmt waren, telegraphisch abgesetzt; ein anderer Tag, an dem sie stattfinden sollen, ist bis jetzt nicht genannt. Es ist wahrscheinlich, daß diese Vertagung in irgend einem Zusammenhange der heute in Aussicht abgehaltenen Beratung der Ministerialdirektoren mit den Wertbesitzern steht.

Die Zugeständnisse der Regierung

für die Belegschaft der staatlichen Schächte beschafften mehrere Verklammungen im Brüger Bezirk. In den massenhaft beluchten Verklammungen wurde über die Zugeständnisse berichtet. Schlichtlich erklärten die Streikenden, trotz der Zugeständnisse in die Gruben nicht einzufahren zu wollen, solange nicht der Streik auf allen Schächten beigelegt ist. Die Bergarbeiter dieser Schächte wollen den anderen Solidarität erweisen.

Unternehmerbrutalitäten und behördliche Willkür.

Brüx, 1. April. Während auf den anderen Schächten anstandslos in den letzten Tagen die rückständigen Löhne den Bergarbeitern ausbezahlt wurden, handhabt es die Leitung des hiesigen Johannischachtes anders. Sie verweigert die Lohnauszahlung wohl in der Hoffnung, dadurch die Arbeiter kirre zu machen.

Ungehört ist folgender Fall: Bekanntlich wurden im hiesigen Bezirk zahlreiche Verhaftungen von streikenden Bergarbeitern vorgenommen. Verhaftungen: bei denen meist ganz unerkennlich bleibt, weshalb sie erfolgten. Alle Anträge, die Verhafteten aus der Untersuchungshaft zu entlassen, wurden von den Untersuchungsrichtern kurzweg abgelehnt, auch wenn Flußverbot und Kollisionsgefahr ausgeschlossen erschienen. In einem Falle geschah das nun einfach so, daß der Untersuchungsrichter dem Antragsteller bekannt gab, er sei nicht in der Lage, dem Antrage Folge zu geben, weil der Staatsanwalt dagegen Einspruch erhoben habe.

So arbeitet man aber im hiesigen Bezirk überhaupt gegen die Streikenden. Einer von ihnen wurde bereits wegen Aufruf zu 14 Tagen Arrest verurteilt. Andere Verhandlungen finden nun in diesen Tagen statt.

Die englischen Bergarbeiter in der Abstimmung.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter über die Beendigung des Kampfs scheint doch eine Mehrheit für den Abbruch zu bringen. Genauer Resultate liegen noch nicht vor. Sidma hat sich anerkennend mit großer Majorität für die Aufnahme der Arbeit erklärt, in Lancashire dagegen zeigen die Arbeiter eine Ablehnung dagegen, sich mit dem bloßen Prinzip

des Minimallohnes zu beruhigen. In Northumberland und Durham wird voraussichtlich eine große Majorität gegen die Wiederaufnahme der Arbeit herauskommen.

Vom Streit im sächsischen Kohlengebiet.

Im sächsischen Kohlengebiet ist noch kein Anzeichen vorhanden, daß eine Änderung der Situation eintreten könnte. Die Bergarbeiter scheinen allerdings das Gefährliche ihrer ferneren Ablehnung jeder Vermittlung mit den Bergarbeitern einzuweichen. Denn wenn nicht noch weiter unterirdische Vertriebsstellen zu Bruch gehen sollen, muß es zu einem Ende kommen. Einige Grubenbetriebe sind geneigt den Streikenden entgegenzukommen, doch die Mehrzahl ist trotz der selbst in der bürgerlichen Presse hervortretenden empfindlichen Beschuldigungen der Betriebe noch hartnäckig. Dennoch scheint es in der bürgerlichen Presse veröffentlichter Artikel des bergbaulichen Vereins, der in einem auffällig persönlichen Ton gehalten ist, auf eine andere Behandlung des Streiks berechneter zu sein.

Zunächst haben die Bergarbeiter des Zwickauer und Lugauer Teils des Reviers in einer Dienstag vormittag abgehaltenen gemeinsamen Protestkonferenz beschloffen, nochmal das Einigungsamt anzufordern, um ihren Willen zum Frieden kundzutun. Der Direktor eines großen Betriebes hat seinem Arbeiterausschuß erklärt, daß er selbst keinerlei Verfügung treffen dürfte, weil der bergbauliche Verein die Sache in Händen habe. Daraufhin hat die Leitung der Bergarbeiter weiter beschlossen, auch bei dem bergbaulichen Verein anzufordern, ob er geneigt sei, von Organisation zu Organisation zu verhandeln.

Die Streikjuris im Ruhrgebiet

nimmt ungeahnten Umfang an. Jetzt sollen bereits mehr als 1500 Anlagen wegen Streikverwehrens erhoben worden sein, und täglich laufen noch weitere zahlreiche Anzeigen ein.

Die Methyalkoholvergiftungen vor Gericht.

4. Tag. Die Verhandlung in dem Prozesse gegen Scharmach und Genossen wegen der Methyalkoholvergiftungen am Dienstag brachte einige ziemlich erregende, zum Teil stimmungsvolle Szenen. Zunächst stellte Staatsanwalt Guffe den Antrag, einen Dr. Förster (Charlottenburg) zu laden, der schon vor längerer Zeit in der Fachzeitschrift für Spirituoseninteressen einen Artikel über die Giftigkeit des Methyalkohols veröffentlicht habe. Nach Erörterung einiger Einzelfälle richtet der Verteidiger Dr. Werthauer an den Sachverständigen Dr. Stürmer (Berlin) eine lange Reihe von Fragen über die Wirkung verschiedener Gifte auf den menschlichen Körper. Der Vorsitzende läßt verschiedene Fragen nicht zu, worauf der Verteidiger um Gerichtsbescheid bittet, da er mit diesen Fragen bemessen wolle, daß die Vergiftungsfälle nicht auf Vergiftung durch Methyalkohol zurückzuführen seien. Der Staatsanwalt erwidert den Verteidiger, dann positiv zu beweisen, worauf die beiden Fälle zurückzuführen seien. Der Verteidiger Dr. Jaffe teilt dem mit, daß sein Klient, der Angeklagte Meyer, bereit sei, hier im Gerichtssaal soviel Methyalkohol von Scharmach zu trinken, bis die Sachverständigen tauglich seien, es genüge. Der Gerichtshof behält sich zunächst die Beschlussfassung vor. — Dann werden wieder einzelne Vergiftungsfälle erörtert, wobei ein Jenae ausfällt, daß er aus der Schnapsflasche eines Verstorbenen, die nach Aussage des Sachverständigen Dr. Jerechik Metylalkohol enthalten habe, selbst getrunken habe, ohne Schaden zu nehmen. — Der Sachverständige Dr. Jaffe und vom Naturwissenschaftlichen Institut Berlin gibt dann auf Verlangen an, daß auf höhere Veranlassung die Berliner Polizei systematisch durch Stichproben die Schnapsvorräte der schankwirtschaftlichen Betriebe untersucht, wobei bis zu dem Vorkommen der Fälle nirgends Methyalkohol gefunden worden sei. — Nunmehr kommt es zu einer

fürmischen Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden.

Der Verteidiger Dr. Jaffe stellt, da die Vertreter des Hauptangeklagten Scharmach, die Rechtsanwältin Dr. Werthauer und Dr. Mäberz, nicht anwesend sind, eine Frage im Interesse des Angeklagten Scharmach. Hierauf richtet der Staatsanwalt an den Verteidiger Dr. Jaffe, der den Angeklagten Meyer vertritt, die Frage, wie es komme, daß er die Interessen Scharmachs wahrnehme. Dr. Jaffe erklärt hierauf, daß zwischen den Verteidigern Dr. Werthauer, Dr. Mäberz, Dr. Buppe und ihm eine Verabredung bestehe, daß sie sich gegenseitig vertreten und Ersatz hierin die Bemerkung, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn eingegriffen worden wäre, als der Verteidiger des Angeklagten Jaffe, Jerechik, einige gegen die anderen Verteidiger gerichteten Zwischenbemerkungen machte. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Brieskorn formt unter dem Ruf „Ungehört!“ auf und zieht sich mit seinen Beistehern zur Beratung zurück. Nach längerer Beratung verurteilt das Gericht folgenden Bescheid: Der Rechtsanwalt Dr. Jaffe hat wegen Ungehörigkeit der Erklärung zu einer Ordnungsbüße von 100 Mark verurteilt. Als Dr. Jaffe um die Gründe bat, erklärte der Vorsitzende kurz: Die Sache ist erledigt! Nunmehr eruchen die Verteidiger Dr. Jaffe und Dr. Buppe um eine Pause, um sich zu beraten, ob sie unter diesen Umständen die Verteidigung noch weiterführen könnten. Ferner erachtet es Dr. Buppe als unzulässig, daß der Vorsitzende, U. v. Richter Kriener, eine Stenographin für seine eigenen Zwecke zur Veranlassung zugezogen und diese zur Feststellung des Wortlautes einer Zeugen-Aussage befragt habe. — Der Gerichtshof lehnt die Pause ab. Es verlassen die Rechtsanwälte Dr. Jaffe und Dr. Buppe den Gerichtssaal, worauf die Angeklagten Scharmach und Meyer um Vertagung bitten, da sie sich erst um eine neue Verteidigung umsehen müssen. Der Gerichtshof lehnt auch diesen Antrag ab. Es wird nunmehr in der Verhandlung fortgefahren. Kurz vor Schluß der Sitzung betreiben die vier oben genannten Rechtsanwälte wiederum den Saal. Dr. Jaffe will eine Erklärung abgeben, was ihm aber dadurch unmöglich gemacht wurde, daß der Vorsitzende kurz vorher die Sitzung auf morgen vertagte.

Parteiangelegenheiten.

Ein gut organisierter Parteivorstand ist das keine, Südböhmen, Coßwig in Anhalt. 936 Einwohner zählt der Ort. Von 1909 wählten die Wähler am 12. Januar 1912 216 Sozialdemokraten, in der Stichwahl stimmten 1488 von 1887 für seine. Das Volksblatt für Anhalt zählt 872 Abonnenten. 650 Genossen sind politisch organisiert, 115 gewerkschaftlich organisiert und 810 Mitglieder des Konsumvereins. 450 Arbeiter haben als Volkshausgenossenschaft ein prächtiges Volkshaus im Werte von 130 000 Mark erworben, das den Bedürfnissen der Coßwiger organisierten Arbeiterklasse in jeder Weise anständig dienen wird. Der Konsumverein hat schon 400 000 Mark Umsatz und 200 000 Mark Spargel, die beim Volkshausrat 65 000 Mark Verkauft wurden. Von 18 Gemeinderatsmitgliedern sind 14 Sozialdemokraten.

Vertraulich! Wie aus der Beilage ersichtlich, ist der Verein gegründet, und damit die von der Sozialdemokratie etwas bedrängten Mittelglieder Mut empfinden, habe ich der Wurzener Bank für den Verein 2000 Mark zur Sicherung der Unterstufungsgeber und 1000 für den Sekretärsgehalt, 8000 abschlägig auf unsere Beitragsleistungen überweisen lassen.

Arbeiterbewegung. Die Ausschuwahlen auf der Reichsweiser in Wilhelmshaven.

Bis zu der bekannten Forderungsjahre, die vor anderthalb Jahren zu einem ersten Konflikt zwischen der Arbeiterbewegung und der Reichswehr führten, hatten die Arbeiterausschuwahlen auf der Reichsweiser Wilhelmshaven einen weniger stark ausgeprägten Charakter.

gen. Es wurde nach Reichsweiserbandsmanier mit Cochard gearbeitet. Leider ließen sich auch die in geringer Anzahl vorhandenen Reichsweiser und die reichlichen Gewerkevereinsmitglieder als Mittel zum Zweck verwenden. Doch all die Traktate wurden mit ihren Projektionskammern gründlich durchgesehen. Von 22 Ausschuwahlmitgliedern wurden 21 von der Liste der freien Gewerkschaften mit überproportionaler Mehrheit gewählt.

Was hält die Gelben aus? Die Frage und doch nicht von Interesse. Man kennt die verschiedenen Konten in den Büchern des Unternehmertums, die Kunde geben von den hundert oder tausend Würfeln für die gelbe Summation.

Das geheimnisvolle Signum kam ge'euelt werden: Ortsverwaltung Wurzener des Reiches Sächsischer Industrieller, Der Vorstand, Ob das stimmt, können wir nicht sagen, aber dem Wesen dieser Organisation würde es vollkommen entsprechen, wenn die Gelben harte Laster aus dem Geldpin der sächsischen Industriellen erhalten.

Genossenschaftliches.

Eine Statistik der Verkaufsstellen der Konsumvereine beabsichtigt die statistische Abteilung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in den Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910 zu bringen.

Die Großverkaufsgesellschaft dänischer Konsumvereine hatte 1911 einen Umsatz von 48.807.901 Kronen und einen Ueberschuß von 2.766.000 Kronen.

Table with 4 columns: Getreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer), Ernte (1911, 1910), and other statistics. Includes a note about the price of wheat per 100 kg.

Advertisement for Frau Martha Jäschke, geb. Schirdewahn, aged 22, deceased on April 1st. Burial on April 4th at 4 PM.

Advertisement for August Grützer, aged 28, deceased on April 1st. Burial on April 4th at 4 PM.

Advertisement for Herr August Grützer, aged 28, deceased on April 1st. Burial on April 4th at 4 PM.

Advertisement for Paul Lustig, aged 32, deceased on April 1st. Burial on April 4th at 4 PM.

Advertisement for Paul Lustig, aged 32, deceased on April 1st. Burial on April 4th at 4 PM.

Advertisement for Max Mai, aged 31, deceased on April 1st. Burial on April 4th at 4 PM.

Advertisement for Hermann Neumann, a funeral home, offering services for the deceased.

Advertisement for 'Ges. für soziale Reform', offering insurance services.

Advertisement for 'Operateur', offering services for clothing and accessories.

Advertisement for 'Vornehm', offering high-quality clothing and accessories.

Advertisement for 'Unerreicht billige Gelegenheitskäufe', offering cheap clothing and accessories.

Advertisement for 'Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens', offering various goods and services.

Large advertisement for 'Damen- u. Herren-Garderobe' and 'Möbel' by Adolf Schröter, located at Ecke Nikolaistrasse.

Advertisement for 'Nordsee' department store, offering various goods and services.

